

# Christ und Sozialist

*Initiative Kirche von unten*

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem

*Siegfried Katterle*

Arbeitszeitverkürzung

*Walter Dirks/Klaus Kreppel*

Chancen eines Religiösen Sozialismus

*Klaus Kreppel*

Karl Marx im Sozialkatholizismus

*Georg Humbert*

Katholische Sozialisten in Weimar

*Antje Vollmer*

Als »Grüne« im Bundestag

Blätter des  
Bundes der Religiösen Sozialisten  
Deutschlands e.V.

2. Vierteljahr 1984

2/84

## Inhalt

<i>Peter Janssens</i> Anderes Osterlied . . . . .	1
<i>An unsere Leser</i> . . . . .	2
<i>Initiative Kirche von unten</i> Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem . . . . .	3
<i>Siegfried Katterle</i> Arbeitszeitverkürzung – Ein beschäftigungspolitisches Instrument . . . . .	8
<i>Walter Dirks/Klaus Kreppel</i> Chancen und Zukunft eines Religiösen Sozialismus . . . . .	20
<i>Klaus Kreppel</i> Karl Marx im Sozialkatholizismus seiner Zeit . . . . .	27
<i>Georg Humbert</i> Katholische Sozialisten in der Weimarer Republik . . . . .	34
<i>Antje Vollmer</i> Als »Grüne« im Bundestag . . . . .	41

## Buchbesprechungen

W. Dirks: Der singende Stotterer und W. Dirks: War ich ein linker Spinner? (K. Kreppel) Christian Weyer: Hiobs Botschaft (M. Ludwig)	
Leserbrief (K. H. Gernbacher) . . . . .	48

## Autoren dieses Heftes . . . . . letzte Umschlagseite

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Klaus Kreppel, Jürgen Finnern, Dorothee Schäfer.

**Redaktion:** Erika Adolphy, Leopoldshöhe – Udo Fleige, Tübingen – Reinhard Gaede, Herford – Siegfried Katterle, Bielefeld – Klaus Kreppel, Bielefeld (verantwortlich) – Annette Muhr-Nelson, Dortmund – Bruno Schmidt, Mettmann.

Redaktionsadresse: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 4800 Bielefeld 17, Telefon 0521/33 54 54.

Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4 a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937.  
Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.

Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.

Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

## Anderes Osterlied

Das könnte den Her-ren der Welt ja so pas-sen, wenn erst nach dem Tode Ge-  
rechtigkeit kä-me, erst dann die Herrschaft der Herren, erst  
dann die Knechtschaft der Knechte ver-ges-sen wä-re für im-mer, ver-  
ges-sen wä-re für im-mer.

2. Das könnte den Herren der Welt ja so passen, wenn hier auf der Erde stets alles so bliebe, wenn hier die Herrschaft der Herren, wenn hier die Knechtschaft der Knechte so weiterginge wie immer.

3. Doch ist der Befreier vom Tod auferstanden, ist schon auferstanden und ruft uns jetzt alle zur Auferstehung auf Erden, zum Aufstand gegen die Herren, die mit dem Tod uns regieren.

Text: K. Marti, Melodie: P. Janssens

aus: „Wir können nicht schweigen“, 1970

Alle Rechte im Peter Janssens Musik Verlag, 4404 Telgte

Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital - mit dieser alten katholischen "Wahrheit" wollen wir uns aktuell und historisch in die gegenwärtige Diskussion in Gesellschaft und Kirche einmischen. Der diesjährige Katholikentag - der "von oben" und der "von unten" - vom 4. - 8. Juli in München bietet Gelegenheit, die Themenschwerpunkte unserer Zeitschrift "katholizismusbezogen" zu setzen.

Der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V. ist seit 1981 eine der Mitgliedsgruppen der "Initiative Kirche von unten". Die Anbindung an die Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung setzt fast automatisch die Schwerpunkte für die Mitarbeit innerhalb der IKvu. Das Thema "Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem" wurde inhaltlich und organisatorisch von den Religiösen Sozialisten mit vorbereitet. So veröffentlichen wir in diesem Heft auch Auszüge der Stellungnahme der IKvu zur Arbeitslosigkeit (Bestellungen über Publik-Forum-Verlags-GmbH, 6000 Frankfurt am Main 70, Postfach 700 771), die als Diskussionsergebnis zahlreicher Treffen und schließlich einer Fachtagung mit betroffenen Arbeitslosen entstanden ist. Ergänzend und vertiefend liefert Siegfried Katterle - der übrigens die IKvu-Fachtagung mitberaten hat - wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit mit Argumenten zum "vollen Lohnausgleich".

Spezielle katholische Zugänge zum Sozialismus werden mit dem Walter-Dirks-Interview und den historischen Artikeln von Klaus Kreppel und Georg Humbert sowie den Rezensionen der Dirks-Bücher vorgestellt. Es zeigt sich hierbei, daß im Gegensatz zum protestantischen Zweig des Religiösen Sozialismus mit seiner mehr theologischen Begründung der katholische Zugang zum weltlichen Ding "Sozialismus" vor allem über wirtschaftsdogmatische Überzeugungen verläuft, insbesondere über die Arbeitswert-Theorie.

Die historischen Aufsätze werden abschließend noch einmal aktuell eingerahmt. Antje Vollmer, die uns durch Tagungen der Religiösen Sozialisten und der Habertshöfer und als CuS-Leserin nahesteht, ist seit über einem Jahr als "Grüne" im Deutschen Bundestag. Sie berichtet über ihre Erfahrungen in Bonn.

Die Redaktion

Auszüge aus einer Stellungnahme der "Initiative Kirche von unten"

### Die Kirche ist herausgefordert

„Die Nachfolge Jesu ruft uns (...) immer neu in ein solidarisches Verhältnis zu den Armen und Schwachen unserer Lebenswelt überhaupt. Eine kirchliche Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu hat es hinzunehmen, wenn sie von den „Klugen und Mächtigen“ (1 Kor 1, 19—31) verachtet wird. Aber sie kann es sich — um dieser Nachfolge willen — nicht leisten, von den „Armen und Kleinen“ verachtet zu werden, von denen, die „keinen Menschen haben“ (vgl. Joh 5, 7). Sie nämlich sind die Privilegierten bei Jesu, sie müssen auch die Privilegierten in seiner Kirche sein. Sie vor allem müssen sich von uns vertreten wissen.“ (Unsere Hoffnung — Ein Bekenntnis zum Glauben in unserer Zeit; beschlossen von der 8. Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer am 22. 11. 1975, Kap. „Weg in die Armut“, Auszug)

Gemessen an diesem Anspruch, der sich aus der Botschaft Jesu herleitet, hat seine Kirche in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart vielfach versagt. Bis auf wenige ihrer Vertreter hat die Kirche nie glaubwürdig auf seiten der Arbeiter gestanden. Dies wurde von der Gemeinsamen Synode in ihrem Beschluß zu „Kirche und Arbeiterschaft“ zu Recht als ein „fortwirkender Skandal“ bezeichnet.

Trotz diesem Bekenntnis der Synode müssen wir feststellen, daß sich die Haltung der Kirche in der Bundesrepublik bisher nicht grundlegend geändert hat; noch immer sucht sie eher die Anerkennung durch die Mächtigen als die Solidarität mit den Armen und Kleinen, wohl deshalb, weil die Kirche als ganze zu den Mächtigen gehört.

Gerade in dieser Hinsicht können Kirche und Christen in unserem Land und in Europa von der lateinamerikanischen Kirche lernen, was es heißt, eindeutig und glaubwürdig auf der Seite der Unterdrückten und Benachteiligten zu stehen.

Daher haben Kirche und Christen heute nicht nur allen Grund, sondern sogar die Verpflichtung, sich in die Debatte um die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Suche nach Wegen der

Verwirklichung einer besseren Wirtschaftsordnung einzumischen. Eine glaubwürdige Kirche und Christen in der Nachfolge Jesu können sich in dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht „neutral“ verhalten, weil sie dann nur die ohnehin Mächtigen stärken. Sie müssen eindeutig sein und im Sinne Jesu Partei ergreifen. Denn die Kirche ist zwar für alle Menschen da, sie hat jedoch für Menschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten unterschiedliche Aufgaben.

### Massenarbeitslosigkeit — eine Folge unseres Wirtschaftssystems

Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise mit über 15 Millionen Arbeitslosen in Europa und weit über 30 Millionen im Bereich der OECD (das heißt der westlich-kapitalistischen Länder) hat ein Ausmaß erreicht, das vor 10 Jahren angesichts der scheinbar dauerhaften Wirtschaftsblüte und ihrer wirtschaftspolitischen Steuerbarkeit für undenkbar gehalten wurde.

Die seit Mitte der siebziger Jahre anhaltende hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, zeitweise konjunkturell verschärft bzw. abgeschwächt, ist seit Beginn der achtziger Jahre massiv angestiegen, unter anderem durch den weit verbreiteten Einsatz neuer Technologien. Sie kann nur als Ausdruck einer andauernden ökonomischen Struktur- und Wachstumskrise angemessen verstanden werden.

Der Glaube, daß „freie Märkte“ mit voll flexiblen Preisen und Löhnen einen leistungsfähigen Mechanismus für einen weitgehend störungsfreien Wirtschaftsablauf darstellen und daß Störungen nicht durch das Marktsystem entstehen, sondern durch Eingriffe in seine Funktionsfähigkeit von außen, vor allem durch Staat und Gewerkschaften — dieser Glaube ist durch die negativen Erfahrungen gerade im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in jenen Ländern (wie England und USA) erschüttert worden, die eine entsprechende Politik über mehrere Jahre ohne Rücksicht auf einen Großteil der Bevölkerung zu verwirklichen suchten.

Historisch sind Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit in marktwirtschaftlich-kapital-

stischen Systemen eine „Normalität“. Das heißt, die gegenwärtige Krise ist weniger eine einmalige Störung und Ausnahmesituation als die Rückkehr zum „normalen“ Rhythmus kapitalistischen Wirtschaftens, das von Anfang an, also seit mehr als einem Jahrhundert, zyklischen Krisen unterworfen ist. Eine geschichtliche Ausnahmesituation waren die „goldenen“ sechziger Jahre mit hohem Wachstum und Vollbeschäftigung, die durch das Zusammentreffen besonders günstiger Bedingungen zustande kam.

Infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen verlaufen die Konjunkturschwankungen der wichtigsten Industrieländer heute weitgehend synchron. Das heißt, die gleichzeitige Rezession bewirkt, daß das Ausweichen in den Export als einfache Lösung nationaler Beschäftigungsprobleme wenig Erfolg hat.

Deutlich zeigt sich auch eine gewichtige Abhängigkeit nationaler Arbeitsmärkte von der Entwicklung der Weltmärkte — vor allem von den Konkurrenz- und Verwertungsstrategien der multinationalen Konzerne und des internationalen Kreditsystems. Stagnierende Binnenmärkte und Außenhandelsentwicklung führen zu verschärften Konkurrenz- und Anpassungsprozessen, die auch in der Bundesrepublik Arbeitsplätze vernichten.

Die Erklärung für die nunmehr seit einem Jahrzehnt anhaltenden Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen mit geringem oder ohne Wirtschaftswachstum ist in der verminderten bzw. fehlgeleiteten Investitionstätigkeit aufgrund der unbefriedigenden Absatzerwartungen von Unternehmen zu suchen. Ohne auf die im einzelnen abweichenden und zum Teil kontroversen Krisenanalysen einzugehen, müssen drei miteinander verflochtene und sich gegenseitig verstärkende Ursachenstränge für die andauernde Massenarbeitslosigkeit genannt werden:

- konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit
- strukturell bedingte Arbeitslosigkeit
- technologisch bedingte Arbeitslosigkeit.

Die langfristig zu beobachtende Grundströmung abnehmenden Wirtschaftswachstums wird durch nach wie vor wirksame Konjunkturzyklen verstärkt. Diese werden vor allem durch Überkapazitäten im Produktionsbereich und mangelnde Nachfragen verursacht. Der seit Anfang der achtziger Jahre sinkende Reallohn der abhängig Beschäftigten und die Kürzungen im

Sozialbereich verhindern eine notwendige Nachfrageausweitung. Die Konjunkturaufschwünge verlaufen immer schwächer, die Abschwungphasen hingegen länger und stärker.

Überinvestitionen bzw. Kapazitätsüberhänge in einzelnen Branchen (durch falsche Einschätzungen der Nachfrageentwicklung und der eigenen Marktposition) können bei anhaltender Wachstumskrise nur noch durch strukturelle Anpassungen mit hohen Arbeitsplatzverlusten, wie in der Stahl- und Werftindustrie, aufgefangen werden.

Die Wachstumsabschwächung führt auch zu einer veränderten Wirkung des Rationalisierungsprozesses, denn durch Rationalisierung bedingte Arbeitsplatzverluste werden immer seltener durch neue Arbeitsplätze in Wachstumssektoren ausgeglichen werden können.

Darüberhinaus weisen die gegenwärtigen Rationalisierungen eine neue Qualität bzw. eine Problematik auf, die in den konkreten neuen Technologien und ihrem neuartigen technischen Potential liegen.

Vor allem die Mikroelektronik als zentrale neue Technologie ermöglicht im Vergleich zur Vergangenheit viel höhere Rationalisierungseffekte im industriellen Bereich, auch deshalb, weil sie bei einer Reihe anderer Techniken enorme Leistungssteigerungen auslöst, vor allem im Bereich der Computer- und Informationstechnologien. Eine neue Automatisierungswelle wird eingeleitet, indem durch selbststeuernde und sich selbst überwachende Geräte (z. B. Industrie-Roboter) und Anlagen (z. B. flexible Fertigungszentren) sowie durch die Vernetzung bisher isolierter betrieblicher Bereiche (CAD/CAM) immer mehr manuelle und intelligente Funktionen den Beschäftigten weggenommen und die noch nicht automatisierten Tätigkeiten immer lückenloser erfaßt und kontrolliert werden (z. B. durch Betriebsdatenerfassungssysteme und Personalinformationssysteme).

Diese Technologien wirken über den Produktionssektor hinaus in weite Bereiche des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors hinein, die früher kaum für rationalisierungsfähig gehalten wurden und als Auffangbecken für in den anderen Sektoren „freigesetzte“ Arbeitskräfte galten. Da im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor weit mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze zu finden sind, wird mittelfristig hier die Rationalisierung noch stärker zur Ar-

beitslosigkeit beitragen: es muß damit gerechnet werden, daß nahezu alle Tätigkeiten, die bisher als „Kopfarbeit“ bezeichnet wurden, von technischen Geräten und Anlagen übernommen werden können. So ist neben der „unbemannten Fabrik“ die „künstliche Intelligenz“ ein Markt der Zukunft. Das Ziel ist dabei, alle menschlichen Denkfunktionen, wie Problemlösung und Entscheidungsfindung zu automatisieren. Neueste Entwicklungen der letzten Monate (Systeme, die die menschliche Sprache verstehen und antworten können; medizinische Diagnosesysteme) deuten darauf hin, daß die kommerzielle Verwertung der „künstlichen Intelligenz“ und damit eine weitere Rationalisierungswelle unmittelbar bevorsteht.

Die Mikroelektronik hat zudem in den letzten Jahren neben einer enormen Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit (um das Zehntausendfache) eine rapide Senkung ihrer Herstellkosten (auf ein Hunderttausendstel pro Leistungseinheit) erfahren. Diese Entwicklung fördert wiederum die Schnelligkeit und Bandbreite ihrer Einsatzmöglichkeiten und ihren massenhaften tatsächlichen Einsatz (zur Zeit in mehr als 100 000 Industriezeugnissen), da diese Technologie gerade auf den Rationalisierungsbedarf in der wirtschaftlichen Krisensituation zugeschnitten ist. Bisher nämlich war technischer Fortschritt meist mit erhöhtem Kapitaleinsatz verbunden; durch die neuen Technologien ergibt sich zum erstenmal eine Verbindung von arbeits- und kapitalsparender Rationalisierung.

Massenarbeitslosigkeit als Folge unseres Wirtschaftssystems ergibt sich nicht nur in den westlichen Industrieländern, sondern vor allem auch in den Ländern der „Dritten Welt“. Diese haben in weit stärkerem Ausmaß unter Rohstoffausbeutung, Kapitalflucht und technologischer Abhängigkeit zu leiden.

So ist die Unterentwicklung in diesen Ländern vor allem im direkten Zusammenhang mit den einseitigen Kapitalinteressen der multinationalen Konzerne zu sehen.

### **Es gibt nichts Gutes, außer man tut es**

Ein Staat, der die sittliche Qualität eines „sozialen Rechtsstaates“ für sich in Anspruch nimmt, muß sich messen lassen an seiner Einstellung und Praxis zu den Armen und Bedürftigen. Wenn sich hier über Jahre und Jahrzehnte keine Änderung zu Gunsten dieser Men-

schen abzeichnet, ja sich immer deutlichere und umfangreichere Ausgrenzungen ergeben, dürfen sich die Träger der Staatsämter, der politischen und wirtschaftlichen Macht nicht wundern, wenn die Loyalität ihnen gegenüber aufgekündigt und das eben nur scheinbar soziale Ordnungssystem auch selbst infrage gestellt wird. So erhalten ca. ein Drittel aller registrierter Arbeitslosen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe; 43 vH. der registrierten Jugendlichen erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Der Kreis der „neuen Armut“ wird von Jahr zu Jahr größer, so daß 1984 — infolge der Dauerarbeitslosigkeit — über 2 Millionen Menschen dazu gehören.

Ein wichtiger Prüfstein für den sozialen Rechtsstaat ist deshalb die Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit“. Arbeit ist eine grundlegende Dimension des Menschen, ein Ausdruck seines Person-Seins. Ein Staat, der sich der Entfaltung dieser personalen Werte durch Setzung anderer Prioritäten (wie Rüstungssteigerung, Vergrößerung der Unternehmergewinne) nicht vordringlich stellt, ist noch weit entfernt von einer humanen Gesellschaft.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie alle sinnvollen Maßnahmen einer gerechten Umverteilung von Arbeit. Damit die Verkürzung der Arbeitszeit tatsächlich zu neuen Arbeitsplätzen führt, ist eine tarifvertraglich gestützte Mitbestimmung der betrieblichen Leistungsbedingungen und der Personalplanung erforderlich. Weiter ist dazu notwendig, die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 entsprechend zu ändern (deutliche Begrenzung der Wochenarbeitszeit und radikale Einschränkung der Überstunden).

Die ungerechten Tendenzen, die in unserem Wirtschaftssystem begründet sind, zeigen sich vor allem in der hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie der verschärften Diskriminierung weiblicher Arbeitnehmer, behinderter Menschen und ausländischer Mitbürger. Es sind deshalb vordringlich Ausbildungsstätten und -plätze in öffentlicher und gemeinnütziger Trägerschaft zu schaffen, die in Verbindung stehen mit einem Konzept von Arbeitsplätzen, die eine existenzsichernde Grundlage haben.

Die von der Bundesregierung beabsichtigte Entschärfung des Jugendarbeitsschutzes, um damit

mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, wird von uns entschieden abgelehnt, die Ausbildung darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Auszubildenden stattfinden.

Ein staatliches Beschäftigungsprogramm muß die Produktionsstrukturen und Dienstleistungen fördern, die die Umweltzerstörung aufheben, die Umwelt schützen, sparsam mit Energie umgehen und den öffentlichen Verkehr fördern. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen aber nicht anstelle von tarifvertraglich geschützten Arbeitsplätzen eingerichtet werden. Eine Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern lehnen wir entschieden ab; die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten müssen tarifvertraglich geregelt werden.

In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Jugendarbeit, Betreuung von Ausländerkindern, Altenhilfe, Behindertenhilfe, therapeutische Arbeit mit Suchtgefährdeten und Süchtigen, Frauenhäuser, Wiedereingliederung Straffälliger usw.) ist notwendige Arbeit vernachlässigt worden. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen lassen sich die Mittel heranziehen, die derzeit für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ausgegeben werden. Ferner fordern wir zu diesem Zweck die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe, auch für Beamte und Selbständige, die Rücknahme der steuerlichen Entlastung der Gewinneinkommen sowie das Einfrieren des Rüstungshaushaltes als ersten Schritt.

### Notwendige Zukunftsperspektiven

In der Bundesrepublik werden voraussichtlich bis 1990 durch Rationalisierung mehr als 4 Millionen Arbeitsplätze wegfallen. Bis zum Jahr 2000 werden bis zu 90 Prozent der Produktions- und bis zu 60 Prozent der Büroarbeiten durch computerisierte flexible Anlagen ersetzt werden können. Angesichts dieser Prognosen ist es notwendig, neue Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit zu entwickeln.

Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie die weitere Verkürzung der Jahres- und Lebensarbeitszeit ohne Reallohn- bzw. Renteneinbußen, können vor diesem Hintergrund nur als erste und gegenwärtige Maßnahmen bewertet werden. Auch sind

weiterhin staatliche beschäftigungspolitische Maßnahmen (z. B. Beschäftigungsprogramme in den erwähnten gesellschaftlichen Mangelbereichen) notwendig, um die Folgen konjunktureller Krisensituationen zu vermindern.

Die aufgrund der Weltmarktsituation notwendigen Anpassungen in einigen Branchen dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Durch eine vorausschauende Technologiepolitik ist dafür Sorge zu tragen, daß die Auswirkungen neuer Technologien auf die Qualität und Quantität der Arbeitsplätze frühzeitig erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden können. Vor allem gilt es, neue menschengerechtere Einsatzformen von Technologie zu erproben und umzusetzen. Dazu sind die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen erheblich auszuweiten.

Aber auch dann, wenn alle diese Maßnahmen tatsächlich durchgesetzt werden könnten, dürften sie nicht ausreichen, da in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung für alle Formen der Lohnarbeit immer weniger Raum bleibt. Dem System geht die Arbeit aus!

Um unsere Zukunft menschlich zu gestalten, ist es deshalb umso mehr notwendig, daß der arbeitende Mensch tatsächlich im Mittelpunkt des Wirtschaftssystems steht, und das nicht nur in Sonntagsreden zu hören bekommt.

Voraussetzung für zukünftige Strategien ist, daß immer mehr Arbeitnehmer sich solidarisch verhalten und sich in den Gewerkschaften organisieren. Gerade Christen sind hier mit ihrem Beispiel und Engagement gefordert. Denn nur gemeinsam lassen sich lebensnotwendige Forderungen für eine zukünftige humane Arbeitswelt durchsetzen:

● weitere Verkürzung der Arbeitszeit; dabei sollte allerdings vorrangig nur die produktive Zeit verkürzt werden; statt für mehr Freizeit sollte die Zeit für die Qualifizierung der Beschäftigten, die Humanisierung der betrieblichen Arbeit und die Demokratisierung der betrieblichen Entscheidungen genutzt werden;

● Einführung eines großzügig bemessenen Mindesteinkommens als sozialstaatliches Bürgerrecht; dieses Mindesteinkommen ist staatlich zu garantieren und aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren.

● gesellschaftliche Planungen und Entscheidungen über Investitionen ab einer bestimmten

Größenordnung unter Teilnahme der Betroffenen (Arbeitnehmer, Anwohner, Verbraucher) als weitere Stufe der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Daneben sind die vielfältigen Formen der Eigenarbeit neu zu entdecken und als gleichwertig anzusehen. Selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften, in denen neue Lebensformen und solidarische Persönlichkeitsentfaltung meist eher möglich sind, müssen stärker staatlich gefördert und gesellschaftlich unterstützt werden. Marktbeherrschende und strukturbestimmende Unternehmen sind zu vergesellschaften und in gemeinwirtschaftliche Unternehmen zu überführen. Hierbei ist eine Vielfalt von Körperschaften mit innerer Demokratie und echter Autonomie gegenüber der staatlichen Bürokratie zu fördern, an deren Ende die Verwirklichung eines wirtschaftsdemokratischen Lenkungssystems steht, in dem die Kapitalinteressen nicht mehr Vorrang vor den Interessen der arbeitenden Menschen haben.

Nur so ist eine gemeinschaftliche Gesamtverantwortung für die Zukunft der Arbeit gesichert.

### Für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Die bisherigen Überlegungen zeigen, daß es für eine menschenwürdige Zukunft unerlässlich ist, daß der arbeitende Mensch nicht mehr nur ein Kostenfaktor im Kalkül der Unternehmer ist. Bleibt nämlich die Organisation der Arbeit auch zukünftig weitgehend dem privaten Kapital überlassen und werden die Arbeitnehmer weiterhin gezwungen, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Markt anzubieten, dann wird auch in Zukunft nur dort und dann Arbeit angeboten, wo und wenn die privaten Unternehmer daraus Gewinne erzielen bzw. Gewinne erwarten. Es muß festgehalten werden, daß unser marktwirtschaftlich — kapitalistisches Wirtschaftssystem immer mehr Arbeitslosigkeit produziert und künftig in steigendem Maß produzieren wird.

Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die immer mehr Menschen von der Teilhabe am produzierten gesellschaftlichen Reichtum ausschließt und ihnen die Persönlichkeitsentwicklung verweigert, stellt sich auf Dauer selbst in Frage, da sie dem Anspruch eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates nicht genügt.

Als abhängig Arbeitende und als Arbeitslose haben wir selbst die Denk- und Verhaltensprinzipien und -normen dieses Wirtschaftssystems verinnerlicht.

Deshalb müssen wir selbst größere Solidarität lernen. Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und anderer Freiheits- und Friedensbewegungen unserer Geschichte müssen wieder in uns lebendig werden.

Und zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der „dritten Welt“ kann die weltweite gegenseitige Abhängigkeit bewußt werden, als Anstoß zu gemeinsamem Handeln.

„Die gegenwärtigen strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft sind (...) auch Zeichen einer tiefgreifenden Krise der Moral. Denn durch diese Veränderungen rückt der Faktor Kapital wieder in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens. Diese Orientierung am Produktionsfaktor Kapital widerspricht direkt dem ethischen Grundprinzip, wonach dem Produktionsfaktor Arbeit beim Aufbau einer gerechten Wirtschaftsordnung Priorität gegenüber dem Faktor Kapital eingeräumt werden muß. Es gibt, um es anders auszudrücken, einen ethisch begründeten Auftrag, den Produktionsfaktor Kapital (Technologie eingeschlossen) dem Produktionsfaktor Arbeit, also dem Subjekt der Produktion, unterzuordnen. Denn das Grundprinzip heißt, daß die Arbeit Vorrang vor dem Kapital hat. Indem der Akkumulation von Kapital und Maschinen mehr Bedeutung beigemessen wird als den Menschen, die in der Wirtschaft arbeiten, werden Wert, Sinn und Würde der menschlichen Arbeit verletzt. Indem die Bedingungen für eine dauerhafte Arbeitslosigkeit geschaffen werden, bedroht man einen immer größeren Teil der Bevölkerung mit dem Verlust der Menschenwürde. Auf diese Weise entsteht eine Tendenz, die Menschen als eine unpersönliche Masse zu behandeln, die über ihre strikte wirtschaftliche Funktion hinaus keinerlei Bedeutung hat. Solange die Gesellschaft den Einsatz des Kapitals und der Technologien nicht so steuert, daß damit menschliche Bedürfnisse befriedigt werden, sind diese Faktoren für die Entwicklung der Völker ein Hindernis.“ (Auszug aus „Ethische Überlegungen zur Wirtschaftskrise“, Hirtenbrief der Kommission für Soziale Angelegenheiten der Katholischen Bischofskonferenz Kanadas, 1983)

## ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - EIN BESCHÄFTIGUNGSPOLITISCHES INSTRUMENT \*)

### Die konjunkturelle Erholung

Die nach einer lang anhaltenden Depression im letzten Jahr einganggekommene konjunkturelle Erholung veranlaßt die wirtschaftspolitischen Instanzen unseres Landes zu optimistischen Äußerungen. Die Bundesbank sieht in ihrem Monatsbericht vom Februar 1984 (S. 5) "die konjunkturellen Auftriebskräfte ... auf breiter Front verstärkt". Die Bundesregierung sieht anscheinend schon einen längerfristig selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung gesichert, wenn sie in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1984 behauptet: "Die deutsche Wirtschaft befindet sich wieder auf einem klaren Wachstumspfad". (1)

Die Vorstellung, die gegenwärtige Konjunkturerholung könne in eine anhaltende Wachstumsdynamik übergehen, die in den kommenden Jahren auch die Arbeitslosigkeit vermindern werde, erscheint jedoch aus mehreren Gründen zweifelhaft.

Zunächst hängt die konjunkturelle Erholung hierzulande zusammen mit einer kräftigen Belebung des Exportgeschäfts infolge des in mehreren westlichen Industrieländern - vor allem in den USA - wieder günstiger gewordenen Konjunkturklimas. Wie lange diese Belebung auf wichtigen Auslandsmärkten anhält, ist nicht absehbar; immerhin hat auch der Bundeswirtschaftsminister letzthin Zweifel geäußert, ob der Konjunkturaufschwung in den USA längerfristig anhalten werde. (2) Deutsche Exporte auf Märkte des Dollarraums wurden überdies im letzten Jahr durch den Kursanstieg des US-Dollars gegenüber der DM begünstigt. Dieser Höhenflug des Dollars kann angesichts der hohen Leistungsbilanzdefizite der USA keineswegs als dauerhaft angesehen werden.

Binnenwirtschaftlich wurde die wirtschaftliche Erholung durch befristete konjunkturpolitische Maßnahmen gefördert, die die Nachfrage gestützt haben. Hierzu gehören die noch von der sozial-liberalen Bundesregierung beschlossene Investitionszulage, die zur Belebung der Nachfrage nach Aus-

\*) Referat beim "Mülheimer Aktuellen Gespräch" am 21.3.1984 in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr

rüstungsinvestitionen geführt hat, und die von der konservativ-liberalen Regierung ingang gesetzten Förderungsprogramme für den Wohnungsbau. Nicht zuletzt hat der private Verbrauch in der 1. Jahreshälfte 1983 stärker als die Einkommen der privaten Haushalte zugenommen, weil die Verbraucher frei gewordene Prämiensparguthaben zur Befriedigung vorher aufgeschobener Konsumbedürfnisse verwendet haben; diese Sonderentwicklung ist indes schon in der 2. Jahreshälfte 1983 wieder abgebrockelt.

Vor allem erscheint die erwähnte Ausweitung der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen 1983 um real 4,5 % durchaus mäßig, und auch ihre vom Sachverständigenrat für 1984 mit 5,5 % geschätzte Ausweitung entspricht keineswegs dem Bild eines konjunkturellen "Aufschwungs". Diese geringe Investitionsdynamik ist freilich im Hinblick auf die nach wie vor bestehende unbefriedigende Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten um 90 % verständlich. So schreibt auch der Sachverständigenrat, im ganzen sei die wirtschaftliche Entwicklung 1983 zwar so verlaufen, wie von ihm erwartet, das Ablaufmuster sei jedoch ein anderes gewesen als von ihm prognostiziert. (3) Daher ist durchaus Skepsis angebracht, ob der privatwirtschaftliche Investitionsprozeß eine Dynamik gewinnen kann, die hinreicht, die gegenwärtige konjunkturelle Erholung in ein längerfristig anhaltendes Wachstum zu überführen, das dann geeignet wäre, die Beschäftigungsprobleme unserer Volkswirtschaft zu mildern.

### Wachstumserwartungen und Massenarbeitslosigkeit

Die Bundesregierung hält einen solchen längerfristigen Wachstumsprozeß für erreichbar und strebt ihn mit ihren angebotsorientierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Förderung der privaten Investitionen an. Zugleich vertritt sie - wie die Arbeitgeberverbände - die Auffassung, daß eine Besserung der Arbeitsmarktprobleme praktisch nur über ein verstärktes Wirtschaftswachstum herbeizuführen sei: "Ein zügiger Abbau der Arbeitslosigkeit kann nur über dauerhaft günstigere Wachstumsbedingungen erreicht werden". (4)

Wie sich dem Jahreswirtschaftsbericht in Verbindung mit der mittelfristigen Finanzplanung im Finanzbericht 1984 entnehmen läßt (5), hofft die Bundesregierung, mittelfristig - also über den Zeitraum bis 1987 - ein Wirtschaftswachstum von jahresdurchschnittlich 2,5 % erreichen zu können. Sie nimmt ferner an, daß die Arbeitsproduktivität ebenfalls mit 2,5 % zunehmen, also nicht schneller stei-

gen wird als die Produktion. Dem weiteren Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen durch die geburtenstarken Jahrgänge der Berufsanfänger soll entgegengewirkt werden durch verstärkte Rückführung ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer, durch Vorruhestandsregelungen für ältere Arbeitnehmer und durch die zunehmende Verweisung von Frauen auf ihre Ersatzrolle in der häuslichen Sphäre (d. h. ihre Verdrängung in die stille Reserve des Erwerbspersonenpotentials). Auf diese Weise glaubt die Bundesregierung ein weiteres Ansteigen der Zahl der registrierten Arbeitslosen auf mittlere Sicht verhindern zu können.

Selbst wenn also die von der Regierung angestrebte Wachstumspolitik gelingt, würde das bedeuten, daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren unerträglich hoch bleibt. Die sich ausbreitende Massenarbeitslosigkeit ist keinesfalls ein Phänomen, das bei einem Gelingen der Regierungsamtlich betriebenen Wachstumspolitik mittelfristig abgebaut wird.

Es läßt sich aber mit guten Gründen bezweifeln, daß die optimistischen Wachstumsannahmen der Bundesregierung erreichbar sind. Das schwache Tempo der konjunkturellen Erholung, insbesondere die erwähnte verhaltene Investitionsdynamik deutet eher darauf hin, daß labile Konjunkturen, Wachstumsschwäche und tendenzielle Unterauslastung der Produktionskapazitäten auch auf mittlere Sicht die Entwicklung kennzeichnen werden. Bei weiterhin hohen Produktivitätsfortschritten infolge der raschen und breiten Einführung neuer Technologien nach privatwirtschaftlichen Rationalisierungskriterien wird sich dann die "Produktionsproduktivitäts-Schere" (d. h. das Verhältnis von Wachstum der Produktion zum Anstieg der Arbeitsproduktivität) nicht etwa schließen, wie die Regierung hofft, sondern weiterhin öffnen und zu einem weiteren Abbau des Arbeitsplatzpotentials führen. (6) Da gleichzeitig infolge der demographischen Entwicklung das Erwerbspersonenpotential zunimmt, wäre bei Fortgeltung der bestehenden Arbeitszeitregelung ein erhebliches Ansteigen, ja eine Verdoppelung der Zahl der Arbeitslosen bis 1990 zu befürchten.

#### Der beschäftigungspolitische Handlungsbedarf

Ob man also das wachstumsoptimistische Szenario der Bundesregierung teilt und glaubt, mit Wirtschaftswachstum und flankierenden Maßnahmen die Arbeitslosigkeit wenigstens auf ihrem erreichten Niveau - dem höchsten in der Geschichte der Bundesrepublik - stabilisieren zu können, oder ob man beim wirtschaftspolitischen Status quo eine

dramatische Zuspitzung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren für eher realistisch hält - in jedem Fall besteht ein erheblicher beschäftigungspolitischer Handlungsbedarf.

Durch langanhaltende und zunehmende Massenarbeitslosigkeit wird das Recht der Arbeitslosen und aller, die sich von Arbeitslosigkeit bedroht fühlen müssen, auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit in beruflicher Arbeit permanent verletzt. "Die Würde des Menschen und Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit, auf die sich unser gesellschaftliches Zusammenleben gründet, werden dadurch angetastet", formuliert die von der Kammer für soziale Ordnung der EKD erstellte Studie zur Arbeitslosigkeit. (7) Anhaltende Massenarbeitslosigkeit bedeutet eine Verletzung von Menschenrechten und eine Herausforderung zum Handeln für ein Gemeinwesen, das die sittliche Qualität eines sozialen Rechtsstaates für sich in Anspruch nimmt.

Dem beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf kann auf zweierlei Weise Rechnung getragen werden: durch Maßnahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik und durch Maßnahmen der Arbeitszeitpolitik. Angesichts der bedrückenden Perspektive der Arbeitslosigkeit wäre es geboten, beide Wege zu beschreiten:

- ein mittelfristig geplantes und strukturpolitisch gezieltes öffentlich finanziertes Beschäftigungsprogramm, das ein Umsteuern unserer Produktionsstruktur auf einen qualitativen, ökologisch verträglichen Entwicklungspfad fördert, sowie

- energische Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit.

#### Beschäftigungsprogramm

Vorschläge für ein mittelfristiges Beschäftigungsprogramm zur Förderung eines qualitativen Wachstums sind nach der Ausgabenseite wie nach der Finanzierungsseite seit langem sorgfältig begründet und detailliert ausgearbeitet worden. (8) Sie bilden seit Jahren eine wesentliche Komponente der Forderungen des DGB zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise. Ein solches Beschäftigungsprogramm würde gerade nicht auf eine kurzfristige und globale Anregung der Nachfrage zielen, deren Wirkung rasch vorübergeht, sondern wäre ein politisches Führungsinstrument für die Umsteuerung unserer Produktionsstruktur und die gezielte Entwicklung gesellschaftlich wichtiger Bereiche.

Es sollte vor allem öffentliche Investitionen und Investi-

tionshilfen für private Investoren beinhalten, die notwendig sind, um bereits eingetretene und in naher Zukunft zu erwartende Bedrohungen der Lebensqualität, ja der Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft zu begegnen: Investitionen zum Abbau von Umweltbelastungen und zur Einsparung von Energie, die durch Marktkräfte nicht oder nicht hinreichend eingangsgesetzt werden (z. B. Sanierung von Mülldeponien, Rauchgasentschwefelung, Wärmedämmung von Altbauten, Förderung der Einführung umweltfreundlicher Heizungstechnologien, wie der Wirbelschichtfeuerung; Bau von Radwegenetzen sowie Ausbau und attraktive Tarifgestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, damit Menschen instandgesetzt werden, das energieaufwendige, umweltbelastende und unfallträchtige private Kraftfahrzeug weniger intensiv zu gebrauchen). Wenn die öffentliche Hand die Durchführung solcher Investitionen auch mit Krediten finanziert, so würden wir nicht auf Kosten unserer Kinder leben, wie eine leichtfertige konservative Agitation behauptet, sondern wir würden Vorsorge für die Lebensqualität unserer Kinder treffen. Auch Erhaltung und Verbesserung des Angebots gesellschaftlich wichtiger öffentlicher Dienstleistungen bei staatlichen und gemeinnützigen Trägern - vorzüglich im Bereich der Humandienste - wäre Bestandteil eines solchen Programms zur Förderung des qualitativen Wachstums.

Ein so ausgerichtetes mittelfristiges Beschäftigungsprogramm wird von den Bundesregierungen - von der gegenwärtigen ebenso wie schon von ihrer sozial-liberalen Vorgängerin seit 1980 - mit dem Hinweis auf einen angeblichen Sachzwang zur Haushaltskonsolidierung verweigert. Infolge dieser ideologischen Selbstblockade der Finanzpolitik blieb "die weithin akzeptierte Erkenntnis, daß das Problem der Arbeitslosigkeit gegenwärtig drückender ist als andere wirtschaf-, finanz- und gesellschaftspolitische Probleme ... ohne Konsequenz", stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) resigniert fest. (9)

An dieser Stelle eine Bemerkung, die ich nicht unterdrücken mag: Es mutet grotesk an, wenn der Politiker, der im Bundestagswahlkampf 1980 mit schlimmen demagogischen Parolen alle Kräfte gegen die öffentliche Verschuldung mobilisiert hat, heute vor übertriebener Sparsamkeit der öffentlichen Hand warnt und fordert, "der Finanzierung lebenswichtiger, dem Wohle der Bürger dienender Projekte Vorrang vor reiner Spartätigkeit einzuräumen". Mit der amüsanten Bemerkung, es habe keinen Sinn, einem sterbenden Volk gesunde Haushalte zu hinterlassen, regt Strauß überdies an, jungen Familien einkommenstützende Transferzahlungen "in einer Verbindung von Kindergeld, Mutter-

schaftsgeld und Wohngeld zu gewähren". (10)

Da also die staatliche Wirtschaftspolitik ihren Beitrag zu einer aktiven Beschäftigungspolitik nachhaltig verweigert, werden die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung "immer dringlicher und auch verständlicher". (11)

### Arbeitszeitpolitik

Die arbeitszeitpolitischen Forderungen der Gewerkschaften gehen von der Überlegung aus, daß nicht nur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein hohes Volumen eines von der Wirtschaft nicht nachgefragten Arbeitsangebots anzeigen, sondern daß auch Frühverrentung und zahlreiche Fälle von Frühinvalidisierung Formen der (Lebens-) Arbeitszeitverkürzung darstellen, die von Arbeitgebern intensiv genutzt werden, die aber mit hohen Kosten für das soziale Sicherungssystem verbunden sind. Auch die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze und deren Besetzung mit arbeits- und sozialrechtlich schlecht abgesicherten, faktisch jederzeit abrufbaren Arbeitnehmern ist eine im Unternehmerinteresse betriebene Form der Arbeitszeitverkürzung. Es geht also bei den derzeitigen tarifpolitischen Auseinandersetzungen ganz wesentlich um die Frage, wie Arbeitszeit verkürzt wird; es geht um den Anspruch der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, wieder Einfluß auf die Form der Arbeitszeitverkürzung zu gewinnen.

Bei den Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit steht die Forderung der 35-Stunden-Woche im Zentrum der Auseinandersetzung. Ich konzentriere mich daher auf die Wochenarbeitszeitverkürzung und klammere die Lebensarbeitszeitverkürzung, wie sie die Bundesregierung mit einer Vorruhestandsregelung für die 58-jährigen fördern will, aus. Diese Lebensarbeitszeitverkürzung ist politisch weniger umstritten, sie ist aber auch arbeitsmarktpolitisch weit weniger effektiv. Vorruhestandsregelungen und Ausweitung der Teilarbeitszeit sind Nebenthemen, die allenfalls die öffentliche Aufmerksamkeit von der zentralen Kontroverse um die Wochenarbeitszeit ablenken können. Wie sachkundige und detaillierte Untersuchungen zeigen, ist der Beschäftigungseffekt in Form der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei der Wochenarbeitszeitverkürzung viel größer als bei allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung. Auch der Sachverständigenrat, der in seinem jüngsten Gutachten einen anerkanntswerten Beitrag zu der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung geleistet hat, geht davon aus, "daß die Beschäftigungseffekte einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wird sie kostenneutral vor-

genommen, positiv sind, und zwar nennenswert positiv. ... Wir raten dazu, durchaus von positiven Beschäftigungseffekten eines kostenneutralen Einstiegs in die 35-Stunden-Woche auszugehen". (12)

Dagegen behaupten Arbeitgeberverbände, es sei für die Unternehmen unmöglich, ja existenzgefährdend, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen. Auch der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister haben in diesem Tarifkonflikt von Anfang an offen und massiv - in einer unserer Verfassung nicht angemessenen Weise - für die Arbeitgeberseite Partei genommen. Der Bundeswirtschaftsminister wirft den Gewerkschaften ein "unverantwortliches Vabanquespiel" vor und behauptet, sie hätten sich mit ihrer Forderung auf eine "lebensgefährliche Argumentationskette" eingelassen. (13)

Nun haben die Gewerkschaften vor Beginn der Tarifverhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung ausdrücklich klar gestellt, was sie unter vollem Lohnausgleich verstehen. (14) Lohnausgleich bedeutet, daß ein Arbeitnehmer in weniger als 40 Stunden Wochenarbeitszeit den gleichen Wochenlohn wie vorher für die 40 Stunden erhält. Lohnausgleich bedeutet also, daß die nominalen Wochenlöhne oder Monatsgehälter nach einer Wochenarbeitszeitverkürzung unverändert blieben. Dazu müßten beispielsweise bei einer Arbeitszeitverkürzung um 1 Stunde (von 40 auf 39 Stunden, also um 2,5 %) die Stundenlohnsätze entsprechend angehoben werden (auf die verbleibenden 39 Stunden bezogen also um 2,56 %). Dieser Anstieg wird ausgeglichen durch den Zuwachs der Arbeitsproduktivität, dessen gesamtwirtschaftlichen Trend ich mit jährlich 2,5 % annehme (es gibt allerdings auch Schätzungen, die diesen Trend höher, auf 3 - 3,5 %, veranschlagen). Der Lohnausgleich bleibt also kostenneutral, d. h., er verändert nicht das Verhältnis der Lohneinkommen zu den Gewinneinkommen. Wird darüber hinaus der Lohnsatz im Umfang der erwarteten Inflationsrate (3 %) angehoben, in seinem realen Wert also konstant gehalten, so bleibt auch dies im Rahmen des kostenneutralen Verteilungsspielraums. Bei einem Lohnanstieg im Umfang dieses kostenneutralen Verteilungsspielraums, der sich im wesentlichen aus dem Produktivitätszuwachs und aus der Inflationsrate zusammensetzt, findet keine Umverteilung zwischen Lohneinkommen und Gewinneinkommen statt.

Es wird allgemein davon ausgegangen, daß eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit weitere Produktivitätssteigerungen induziert, die den "autonomen" Trend von 2,5 % vorübergehend nach oben verschieben. Diese induzierten Produktivitätssteigerungen kommen dadurch zustande, daß der langfristig verlaufende Rationalisierungsprozeß durch zeit-

liches Vorziehen ohnehin geplanter Rationalisierungsinvestitionen zeitweilig beschleunigt wird. In der Literatur wird dieser zusätzlich induzierte Produktivitätsanstieg aufgrund von Erfahrungswerten meist mit dem halben Wert des autonomen Trends veranschlagt; der Sachverständigenrat schätzt seine Größe auf 1,5 %. Allerdings wird auch die Auffassung vertreten, der rasch und in großer Breite sich vollziehende Einsatz neuer Technologien, der durch den internationalen Wettbewerb erzwungen wird und im unternehmerischen Planungsprozeß langfristig angelegt ist, könne durch Arbeitszeitverkürzung nicht mehr wesentlich gesteigert werden. Ich neige dieser zweiten Auffassung zu und veranschlage in meinem Beispiel den induzierten Produktivitätszuwachs mit 1/3 des autonomen Trends (= 0,8 %), so daß der gesamte Produktivitätszuwachs im Fall einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf jährlich 3,3 % im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zu veranschlagen wäre.

Daraus ergibt sich, daß der volle Lohnausgleich bei Einführung der 35-Stunden-Woche, d. h. einer Verkürzung der Arbeitszeit um 12,5 %, innerhalb von 4 Jahren aus dem Produktivitätszuwachs dieser Jahre getragen werden kann. (Liegen autonomer Produktivitätstrend und induzierte Produktivitätssteigerung höher, wie mehrere Prognosen annehmen, so wird der Zeitraum entsprechend kürzer.) Wird der Reallohn in dieser Zeit konstant gehalten, steigen also die nominalen Lohneinkommen entsprechend der Inflationsrate, so hätte sich der ganze Prozeß kostenneutral vollzogen, d. h. die realen Lohnstückkosten und ebenso das Verhältnis von Lohneinkommen und Gewinneinkommen blieben unverändert.

Den kostenneutralen Verteilungsspielraum, also diejenige verteilungspolitische Orientierungsgröße, die die Gewerkschaften sonst durch eine reine Lohnbewegung auszuschöpfen bestrebt sind, wollen sie jetzt durch eine Kombination von Arbeitszeitverkürzung und Lohnbewegung ausschöpfen. Nicht das Forderungsvolumen, mit dem die Gewerkschaften antreten, hat sich geändert, sondern nur die Forderungsstruktur. Die Gewerkschaften haben überdies vielfach die Auffassungen signalisiert, daß die kürzere Arbeitszeit in Form geringerer Zuschläge bei der Lohnbewegung zu berücksichtigen sei und daß die Einführung der 35-Stunden-Woche in mehreren Schritten geschehen könne, deren Abfolge am Produktivitätsfortschritt einzelner Branchen orientiert werden könnte. (In wichtigen Branchen, über die derzeit verhandelt wird - so in der Investitionsgüterindustrie, bei Banken und Versicherungen - liegt der Produktivitätsfortschritt um das 2- und 3-fache über dem in meinem Beispiel benutzten gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.) Bei dieser Sachlage ist die Behauptung der Arbeitgeberverbände falsch, die Arbeitszeit-

verkürzung müsse zu existenzgefährdenden Kostenerhöhungen führen.

#### Einwendungen gegen Arbeitszeitverkürzungen

Kritiker verweisen allerdings darauf, daß in der Industrie ein festes Verhältnis zwischen Arbeitseinsatz und Sachkapazitäten bestehe; folglich könnten etwaige Beschäftigungseffekte von Arbeitszeitverkürzungen erst eintreten, nachdem teure Erweiterungsinvestitionen durchgeführt seien. Dieser Einwand übersieht, daß ein Teil der Beschäftigungseffekte in der Erhaltung heute bestehender Arbeitsplätze (also in der Vermeidung eines sonst notwendigen Personalabbaues) besteht. Ferner muß hier auf die bestehende Unterauslastung der vorhandenen Sachkapazitäten verwiesen werden: Der Sachverständigenrat schätzt, daß im Rahmen der schon vorhandenen Produktionsanlagen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für 1 Million Arbeitskräfte entstehen können. In dieser Größenordnung bewegen sich auch die Schätzungen hinsichtlich der Zahl der Arbeitsplätze, die durch eine allgemeine und rasche Einführung der 35-Stunden-Woche geschaffen werden können. Außerdem dürfte es in vielen Fällen möglich sein, die Arbeit (etwa durch Übergang zum Schichtbetrieb) so umzuorganisieren, daß die Sachkapazitäten stärker als bisher ausgelastet werden, wodurch die Kapitalstückkosten der Produktion sinken. (15)

Kritiker haben auch darauf hingewiesen, daß eine Mindestgröße von Betrieben oder Abteilungen gegeben sein müsse, damit sich die durch Arbeitszeitverkürzung wegfallenden Arbeitsstunden zum Arbeitsvolumen eines Neueinzustellenden addieren. Aber selbstverständlich besteht hier die von keinem Tarifvertrag ausgeschlossene Möglichkeit, auch Teilzeitarbeitsplätze einzurichten, sofern das zusätzliche Arbeitsvolumen eine Vollzeitarbeitskraft nicht auslastet. Was die Sachkapitalausrüstung solcher zusätzlicher Arbeitsplätze angeht, sind gerade in kleineren und handwerklich organisierten Betrieben Arbeitsorganisation und Arbeitsablauf weniger starr als in Großbetrieben. Der Arbeitsablauf variiert hier eher auftragsmäßig und ist für flexible Umorganisation offen. Wie zu hören ist, arbeitet das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) bereits an organisatorischen Lösungsmöglichkeiten für die Durchführung von Arbeitszeitverkürzungen in Klein- und Mittelbetrieben.

In Branchen und Fachzweigen mit geringen Produktivitätssteigerungen könnte eine dem Produktivitätsanstieg voraus-

eilende Einführung der 35-Stunden-Woche dadurch gefördert werden, daß die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze subventioniert wird. Die Logik solcher öffentlichen Zuschüsse wäre die gleiche, wie sie bei der Vorruhestandsregelung inzwischen als selbstverständlich gilt. (16) Im übrigen werden Tarifverhandlungen von den Tarifvertragsparteien nach Branchen und Fachzweigen getrennt geführt; die besonderen Gegebenheiten und Erfordernisse bestimmter Industriegruppen wurden auch in der Vergangenheit in solchen Verhandlungen hinreichend berücksichtigt. Niemand stellt sich z. B. das Handwerk als Vorreiter bei der Einführung der 35-Stunden-Woche vor!

#### Der Solidaritätsbeitrag der Arbeitsplatzbesitzer

In der von mir dargelegten Veränderung der gewerkschaftlichen Forderungsstruktur sehe ich die besondere sozioethische Bedeutung des gegenwärtigen Tarifkonflikts. Die Gewerkschaften fordern Arbeitszeitverkürzung "um einer sinnvolleren Verteilung der Erwerbsarbeit und damit um der sozialen Gerechtigkeit willen". (17) Sie sind dabei "offensichtlich bereit, ... ihren in Arbeit stehenden Mitgliedern einen Solidaritätsbeitrag zuzumuten, der die Wieder- und Neueingliederung derjenigen Menschen fördern soll, die ihre Arbeit verloren haben bzw. als Schulabgänger neu in den Arbeitsmarkt eintreten". (18) Indem die beschäftigten Arbeitnehmer - die Arbeitsplatzbesitzer - auf die volle Ausschöpfung des kostenneutralen Verteilungsspielraums durch Lohnforderungen verzichten, diesen vielmehr durch Arbeitszeitverkürzung und verminderte Lohnforderungen ausschöpfen wollen, leisten sie ihren Beitrag zu der von der Kammer für soziale Ordnung im Titel ihrer Studie geforderten "Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen". (19)

Bereitschaft zu einem Solidaritätsbeitrag der Arbeitsplatzbesitzer liegt auch in Forderungen der IG Metall, die Mehrarbeit tarifvertraglich zu begrenzen und Überstunden grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen. Die Gewerkschaft zielt damit in die entgegengesetzte Richtung wie der Bundesarbeitsminister, der die großzügigen Überstundenregelungen der Arbeitszeitordnung im Interesse der Arbeitgeber noch weiter flexibilisieren will.

#### Klassenkampf von oben

Der fast geschlossene Widerstand der Arbeitgeber und ihrer Verbände ist nicht mit vermeintlichen Kosteneffekten zu begründen. Für die ablehnende Haltung einer mehr oder weniger großen Zahl einzelner Unternehmer mag eine Rolle spielen, daß sie die gewerkschaftliche Forderungsstruktur

nicht durchschauen. Es mag auch sein, daß diese Forderungsstruktur von den Gewerkschaften nicht hinreichend einsichtig und publik gemacht worden ist. Die starre Ablehnung durch die Verbandsführungen der Arbeitgeber, die sich etwa darin äußert, daß ein Unterschreiten der 40-Stunden-Woche zum tarifpolitischen Tabu erklärt wird, und die heftige Einmischung der Bundesregierung in den Tarifkonflikt lassen sich jedoch nicht durch einen Mangel an Informationen erklären. Diese starre Haltung trägt Züge eines verschärften Klassenkampfes von oben.

Die anhaltende Beschäftigungskrise hat das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in unserer Gesellschaft zugunsten der Unternehmerseite verschoben. Die Arbeitgeberverbände und die ihnen politisch nahestehende Bundesregierung könnten in dieser Situation versucht sein, große Teile der Arbeitnehmerschaft tiefgreifend zu verunsichern und eine langfristige Schwächung des gewerkschaftlichen Aktionsvermögens anzustreben. (20)

Der eingang befindliche Tarifkonflikt wird erweisen, ob den Arbeitgebern überhaupt an der Herstellung eines hohen Beschäftigungsstandes als einer wesentlichen Grundlage für Lebensqualität und sozialen Frieden in unserer Gesellschaft gelegen ist, oder ob sie anhaltende Massenarbeitslosigkeit und weitverbreitete Angst um den Arbeitsplatz als machtpolitisches Instrument in ihrem Kampf um den Vorrang der Kapitalinteressen handhaben wollen.

#### Anmerkungen

- 1) Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 10/952, Tz. 4
- 2) "Lambsdorff bezweifelt langen Aufschwung in USA", Frankfurter Rundschau v. 5.3.1984
- 3) Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 10/669, Tz. 246 f.
- 4) Jahreswirtschaftsbericht 1984 (Anm. 1), Tz. 8
- 5) Finanzbericht 1984, hg. vom Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1983, S. 108; siehe zum Folgenden auch: Das "Beschäftigungsprogramm" der Bundesregierung - seine Chancen und Risiken. Zum Jahreswirtschaftsbericht 1984, WSI-Mitteilungen 37. Jg./1984, Heft 3
- 6) J. Welsch: Die "Produktions-Produktivitäts-Schere", Argumente und Fakten für die Bundesrepublik Deutschland, WSI-Mitteilungen 36. Jg./1983
- 7) Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen. Sozialethi-

sche Probleme der Arbeitslosigkeit. Eine Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung, Gütersloh 1982, Tz. 44

- 8) Siehe dazu in dieser Zeitschrift: Erklärung des Bundes der Religiösen Sozialisten zu Arbeitslosigkeit und Wirtschaftspolitik, CuS 3/1983; S. Katterle, Arbeitslosigkeit - Ursachen und Perspektiven, CuS 2/1982; ders.: Probleme der Vollbeschäftigung in den achtziger Jahren, CuS 1/1981
- 9) DIW-Wochenbericht 1-2/1984, S. 23
- 10) "Strauß sieht sterbendes Volk", Frankfurter Rundschau v. 20.3.1984
- 11) DIW-Wochenbericht 1-2/1984, S. 24
- 12) Jahresgutachten 1983/84 (Anm. 3), Tz. 365, 432-467, hier Tz. 461; siehe ferner DIW-Wochenbericht 31/1983: Was bringt der Einstieg in die 35-Stunden-Woche?; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '83. Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung-Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Köln 1983, S. 176-191 und S. 244-388; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB: Arbeitszeitverkürzung (WSI-Arbeitsmaterialien), Düsseldorf 1983; Th. Kutsch, F. Vilmar (Hg.): Arbeitszeitverkürzung - ein Weg zur Vollbeschäftigung?, Opladen 1983; G. Bäcker, R. Bispinck: 35-Stunden-Woche. Argumente zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für mehr Zeit zum Leben, Berlin 1984
- 13) "Lambsdorff attackiert DGB", Frankfurter Rundschau v. 8.2.1984
- 14) Siehe z. B. "Faustregel für Lohnausgleich", dokumentiert in Frankfurter Rundschau v. 12.12.1983; Der Gewerkschafter (Monatsschrift der IG Metall), Heft 7/1983 (Schwerpunktheft Arbeitszeitverkürzung), S. 31 f.
- 15) Über solche Möglichkeiten der Entkoppelung von Arbeitszeit und Betriebszeit wird offenbar in der Industrie bereits nachgedacht; siehe "Neues BMW-Modell?", Die Zeit Nr. 8/1984
- 16) Ein solcher Vorschlag ist von Arbeitsmarktforschern am Wirtschaftszentrum Berlin gemacht worden; siehe "Ein Weg aus der Sackgasse?", Die Zeit Nr. 11/1984
- 17) Ökumenischer sozialetischer Arbeitskreis Kirche-Gewerkschaft: Teilen der Arbeit ist gefordert. Memorandum zu Fragen der Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung, epd-Dokumentation Nr. 8/84, S. 13 (dokumentiert auch in Frankfurter Rundschau v. 10.2.1984)
- 18) R. Ledeganck: Knappe Arbeit gerechter verteilen. Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger Beitrag zu mehr Beschäftigung, in: K. E. Wenke (Hg.): Ökonomie und Ethik, Frankfurt 1984, S. 108 f.
- 19) Siehe Anm. 7
- 20) Siehe Ökumenischer sozialetischer Arbeitskreis Kirche-Gewerkschaft, a.a.O. (Anm. 17), S. 29 f.; siehe auch K. G. Zinn: Soll den Gewerkschaften das Rückgrat gebrochen werden? Ökonomische und poli-

Walter Dirks/Klaus Kreppel

## CHANCEN UND ZUKUNFT EINES RELIGIÖSEN SOZIALISMUS

Im Oktober 1983, unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundes-sprecher der Religiösen Sozialisten Deutschlands, führte Klaus Kreppel (KK) mit dem linkskatholischen Publizisten Walter Dirks (WD) ein Gespräch, aus dem wir wesentliche Auszüge veröffentlichen.

WD: Nach einer mehrjährigen Besinnungspause, wo es keinerlei Möglichkeiten gab, in der großen Politik einen Vorstoß in Richtung Sozialismus zu machen, könnte es wieder aktuell werden, von einem "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" zu sprechen, von einem Sozialismus beispielsweise, der nicht vom blinden Fortschrittsglauben bestimmt ist. Es ließen sich noch andere Prädikate finden, die mit dem Wort "religiös" umschrieben werden können. "Religiös" ist auch eine alte Formel für eine Liaison zwischen dem rationalen Prinzip der immer notwendiger werdenden Aufklärung und dem irrationalen Prinzip, einer Haltung, die mit der Transzendenz rechnet. "Religiös" meint, daß die irdischen Angelegenheiten nicht in sich selbst aufgehen.

KK: Als solches Korrektiv hat sich Religiöser Sozialismus in der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung von Anfang an verstanden. Sozialismus wurde nicht als Vorstufe zu einer noch perfekteren gesellschaftlichen Endstufe, sprich Kommunismus, betrachtet, sondern allenfalls als Vorbote des eschatologischen Reiches Gottes, das irgendwann einmal in die Geschichte eingreift. Eine Haltung, die Du gelegentlich kritisiert hast, gerade dann, wenn die Grenzen zwischen beiden verwischt wurden.

WD: Kritik an religiösem Sozialismus ist immer dann berechtigt gewesen, wenn eben hier nicht genau unterschieden wurde.

KK: Bedenklich wäre eine völlige Gleichsetzung zwischen Sozialismus und Reich Gottes, wovon heute keiner mehr im Religiösen Sozialismus spricht. Es herrscht vielmehr die Vorstellung, daß das Reich Gottes zwar in die Geschichte einbricht, aber auch "schon da" ist und uns die Möglich-

keit bietet, schon daran zu arbeiten. Diese Arbeit am Reich Gottes kann zwar gleichgesetzt werden mit Sozialismus, aber nur die Arbeit daran, nicht das Reich Gottes selber, weil seine endgültige Verwirklichung Gott vorbehalten bleibt. Die Verknüpfung von Sozialismus mit "religiös" grenzt im Grunde genommen jeden profanen Sozialismus in seiner Vorläufigkeit ein und erschüttert den naiven Glauben vom diesseitig machbaren kommunistischen "Endzustand". Diese Einsicht in die Vorläufigkeit bewahrt den "religiösen" Sozialisten vor Vergeblichkeitserlebnissen und entlastet den endzeitlich überforderten Sozialismus, indem er wenigstens ein Optimum dessen erreichen will, was die Bergpredigt an politischen Handlungsmaximen liefert.

WD: Die Bergpredigt ist ja augenblicklich gerade in der Friedensbewegung wieder sehr aktuell. Und da ist es schon wichtig, klare Vorstellungen zu haben. Man kann heute eigentlich von zwei legitimen christlichen Handlungsorientierungen ausgehen. Einmal von der Gesetzes- und Offenbarungstradition mit ihrem auch naturrechtlich legitimierten Gebots- und Verbotswesen, auf der anderen Seite von der eschatologischen Sicht, begründet in der Bergpredigt. Jesu Vorstellungen vom Willen Gottes gingen in beide Richtungen, ohne daß er sie unterschieden hätte. Gott hat uns die dauernde Gesetzlichkeit gegeben; Gott will aber, daß wir in die Zukunft hinein die jesuanische Mutation vollziehen. Man darf die beiden Dinge nicht gegeneinander ausspielen. Die gesetzliche Linie ist oft blind für die Eschatologie, weil das Gesetz, auf Dauer angelegt, nicht mit dem Ende und der Vollendung rechnet, sondern nur mit der gesetzlichen Korrektur dessen, was laufend passiert. Die andere Sicht ist ganz der Zukunft zugewandt. Das Reich Gottes kann nicht als Gesetz formuliert werden, kann nicht eingeklagt werden, setzt die Umkehr des einzelnen voraus; die Botschaft von ihm hat aber auch für die Politik viel zu sagen, weil die Richtung, in der Jesus diese Umkehr benennt - Armut, Bedürfnislosigkeit, Macht- und Gewaltverzicht - zugleich auch die Richtung des Willens Gottes für die Menschheit andeutet. Ich finde, dies wäre für den Bund der Religiösen Sozialisten eine wichtige Einsicht. Seine Konzeption enthält ja die Reich-Gottes-Vorstellung. Nur ist sie eben zu trennen von dem, was man gesetzlich verordnen und ordnen kann. Auch ein Sozialismus muß gesetzlich geordnet und einklagbar sein. Man muß ja alle, die in der Gesellschaft mitspielen, darauf verpflichten können. Eine Umkehr, die dem Ruf Jesu folgt, läßt sich dagegen auf der Erde nicht erreichen; sie ist denn auch im System des Sozialismus nicht vorausgesetzt. Andererseits haben die beiden Vorstellungen, die des Reiches Gottes und die des Sozialismus, wie Du eben sagtest, etwas miteinander

zu tun, und zwar in dem Maße, wie Sozialisten als Christen versuchen, transgesetzlich im Sinne des Reiches Gottes zu leben.

KK: Dein Gedanke, daß Gesetzesgläubigkeit die eschatologische Freiheit behindert, Eschatologie aber um die Notwendigkeit des Gesetzes weiß, läßt mich einige Folgerungen für Perspektiven und Praxis eines heutigen Religiösen Sozialismus ziehen. Der Glaube an Gesetzmäßigkeiten, der ja vor allem im sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus zum Tragen kommt, müßte im Grunde genommen abgelöst werden durch einen transgesetzlichen utopischen Sozialismus oder einen Ökosozialismus, der um die Begrenztheit jedes nur-rationalistischen Ansatzes im Sozialismus weiß. Denn "Gesetzesgläubige" sind beide, "reale" Sozialisten und Sozialdemokraten, solange sie Produktivität und Wachstum fortschreiben. Auch ihre etatistische Gesetzesgläubigkeit gilt es heute zu hinterfragen, andererseits natürlich am gesetzlich Einklagbaren gewerkschaftlich errungener Rechte festzuhalten.

WD: Damit triffst Du auch genau das, was ich sagen will: die Gesetzesgläubigen haben keine Ahnung vom Reich Gottes, aber die Reich-Gottes-Gläubigen können gleichzeitig die Gesetzlichkeit erkennen und positiv nutzen im Sinne Jesu: "Ich bin nicht gekommen, das Gesetz aufzuheben", aber der Geist des Gesetzes und der Sinn des Gesetzes, auch des Alten Testaments, ist die Liebe. So sind die Reich-Gottes-Gläubigen im Vorteil, weil sie beide Aspekte sehen, außer den Sektierern. Auch im Bund der Religiösen Sozialisten hat es Sektierer gegeben. Selbst Ragaz habe ich damals als Sektierer eingestuft. - Aber wie ist denn die Entwicklung des Bundes der Religiösen Sozialisten verlaufen? War er, ist er eine Sekte?

KK: Sekte kommt von Abgeschnitten-Sein, Isoliertheit. Das Wort trifft insofern zu, als die Religiösen Sozialisten als Organisation zahlenmäßig klein sind, mit über 200 Mitgliedern genauso groß wie der Bensberger Kreis übrigens. Die Zahl ist sicherlich kein Maßstab, eher das Bewußtsein und Verhalten. Ich habe im Bund der Religiösen Sozialisten bisher kein sektiererisches Märtyrerbewußtsein oder Ausschließlichkeitsdogmen vorgefunden, mit denen man sich von der Großkirche absetzt. Religiöse Sozialisten wirken in beiden Kirchen und nicht außerhalb oder gegen sie.

WD: Das ist gut so. - Ich kenne ja nur den Bund vor 1933 und war damals auch Mitglied! Kannst Du mir etwas über die Entwicklung nach 1945 sagen?

KK: Der Bund der Religiösen Sozialisten ist nach 1945 wie-

der gegründet worden. Führte aber ein Schattendasein, weil er seine politische Bedeutung von vor 1933 mit über 10.000 Mitgliedern nicht wiedererlangte. Vielleicht gerade deshalb, weil die Wiedergründer aus der alten Generation kamen, die dort anfangen wollten, wo sie 1933 aufgehört hatten.

WD: Ich habe damals bei etwas Parallelem mitgemacht, bei der "Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus" - ein nüchterner Name für eine ursprünglich pathetisch benannte Gruppe. Es waren auch Leute aus dem Bund der Religiösen Sozialisten dabei.

KK: Die Arbeitsgemeinschaft war ja die Nachfolgerin des alten Bundes der Religiösen Sozialisten. Mit dem neuen Namen sollten alte Mißverständnisse von "religiösem" oder "christlichem" Bindestrich-Sozialismus vermieden werden. Die Entschließung von 1947 könnte aus Deiner oder Ernst Michels Feder stammen, denn dem Sinn nach hieß es, daß Sozialismus ein weltliches Ding sei, der nicht mehr und nicht weniger einer religiösen Begründung bedürfe als sonstige politische oder gesellschaftliche Einrichtungen. Und dann hieß es: "Wir treten auch der Meinung entgegen, daß die sozialistische Ordnung gleichzusetzen sei mit dem Reiche Gottes." Aber offensichtlich konnte sich diese strenge Linie nicht durchsetzen, okkupierten schließlich andere Gruppen das Wort "christlich" für ihre Bindestrich-Demokratie. Warum dann nicht auch die christlichen Sozialisten? Im Jahr 1948 hatte sich schon ein überregionaler Verband der Arbeitsgemeinschaften für Christentum und Sozialismus gebildet, der die Neugründung des Bundes der Religiösen Sozialisten beschloß. Zwar waren die meisten Namen protestantisch: Wünsch, Lempp, Lutz, Knetsch, Fuchs, Rackwitz, aber auch katholische Namen wie Rest, Döderlein und last not least Dirks finden sich auf der Anwesenheitsliste. - Der ebenfalls von Personen wie Pirker und Rossaint gegründete "Bund christlicher Sozialisten" mit Sitz in Oberhausen hatte mit der Arbeitsgemeinschaft nichts zu tun. Er blieb überwiegend katholisch und wurde in den fünfziger Jahren unter Burkhard Lutz' und Karl Gatzens Einfluß eine SPD-Anlaufstelle für Katholiken. Karl Gatzens fand in den siebziger Jahren den Weg zu dem neubelebten Bund der Religiösen Sozialisten, der die ganzen Jahre über protestantisch geblieben war.

WD: Was mich in der Arbeitsgemeinschaft und dem hieraus entstandenen neuen Bund der Religiösen Sozialisten nervös gemacht hat, war die doppelte Begrenzung: auf der einen Seite auf die SPD, auf der anderen Seite auf den Protestantismus. Synodenposten für Sozialdemokraten in der Kirche und SPD-Posten für die frommen Christen in der Par-

tei - das war mir beides zu eng.

KK: Die konfessionelle und parteipolitische Enge, die fast 30 Jahre andauerte, ist Mitte der siebziger Jahre durch die Bochumer Gruppe um Günter Ewald aufgebrochen worden. Es überwog zwar noch das protestantische, z. T. sogar pietistische Element, aber von Anfang an waren Katholiken wie Maria Mertens, Christel Beilmann und Georg Humbert dabei. Und auch zu einer bloß sozialdemokratischen Ausrichtung ist es nicht mehr gekommen, obwohl sich die SPD durch Grußtelegramme von Willy Brandt, Besuche von Johannes Rau und Erhard Eppler um den Bund kümmerte. Es bleibt bei einem kooperativen Verhältnis zur Sozialdemokratie, wie neuerdings auch zu den Grünen.

Eine andere Frage ist, wer Mitglied im Bund der Religiösen Sozialisten werden kann. Grundsätzlich sprechen wir alle religiösen und christlichen Sozialisten in allen demokratischen Parteien an, auch, wenn es sie noch gibt, in der CDU. Sogar für christliche Kommunisten müßten wir offen sein. Sie werden aber eher in eurokommunistischen Parteien zu finden sein als in der DKP.

WD: Der Grund allen Übels bei den K-Gruppen ist ihre Orientierung an Moskau oder China. Das behindert ihre Bewegungsfreiheit am meisten. Das hindert die Kommunisten daran, ihre eigene Gesellschaft, die deutsche Gesellschaft, genau zu analysieren und ihre Sozialismus-Vorstellungen darauf zu beziehen. Andere haben sich an der Stadtguerilla Südamerikas orientiert. Deshalb liefern die K-Gruppen besondere Probleme. Aber die religiösen Sozialisten sollten ohne Berührungsangst jede Möglichkeit nutzen und Fenster und Türen offenhalten.

KK: Wenn Sozialisten, die in irgendeiner Weise das religiöse Prinzip ernstnehmen, mit uns zusammenarbeiten, sogar Mitglied werden, müssen sie sich früher oder später mit den Werten wie Transzendenz, Ethik, Auftrag des Evangeliums, auch des Alten Testaments mit seinem Schöpfungsgedanken auseinandersetzen. Das sind ja dann Überlegungen, die die Kategorie "religiös" umfassen.

WD: Es muß schon ein großzügiger Begriff des Religiösen sein. Er darf nicht aufgegeben oder verwässert werden, aber er sollte offen sein für sehr verschiedene Formen des religiösen Bewußtseins.

KK: Schon in den zwanziger Jahren war der Bund der Religiösen Sozialisten offen für Sozialisten jüdischen Glaubens, genauso wie er sich heute öffnen müßte für Sozialisten is-

lamischen Glaubens.

WD: Und am Rande gibt es sogar einen marxistischen Zugang zum Religiösen Sozialismus. Denn der marxistische Sozialismus kann als eine "religiöse", nämlich pantheistische Erlösungsbewegung aufgefaßt werden. Sie kennt unsere Gottesvorstellung nicht, kennt keinen Sinn der Geschichte, der über die ökonomische Zielsetzung hinausginge. Aber "Sinn der Geschichte" - das kann auch in einem humanistischen Marxismus eine religiöse Qualität haben: An den marxistischen Glauben an den Sieg des Proletariats, der die Geschichte wieder gerade biegt, die durch den Kapitalismus schief gelaufen ist, kann Religiöser Sozialismus anknüpfen.

KK: Deine Interpretation der religiösen Dimension selbst im marxistischen Sozialismus fasziniert. Ich habe den Eindruck, daß Du offensichtlich die Hoffnung, daß da am Ende Sozialismus herauskommen soll, mit "religiös" gleichsetzt.

WD: Ja, religiös im pantheistischen Sinne. Die Hoffnung ist pantheistisch, insofern die Menschheit selbst in ihrer Geschichte als das absolute Prinzip gilt. "Transzendenz" bedeutet hier, individualistische Positionen und Gruppenpositionen zu überwinden, hin zu der absoluten Pflicht, dafür zu kämpfen, daß die Menschheit auf dem Weg ihrer Geschichte zu ihrem Sinn kommt. Dieser humane Sinn der Liebe zwischen den Menschen, wie sie in der Idee der klassenlosen Gesellschaft vorausgedacht wird, kann religiöse Dignität haben, wenn er in Köpfen und Herzen lebendig ist. Der humane Sinn kann auch die Form der wissenschaftlichen Überzeugung haben oder durch wissenschaftliche Überzeugungen markiert sein, wie z. B. in Lukacs' Konzeption der Wissenschaftlichkeit des Marxismus: ein verkappter Pantheismus. Dieser Art des "Religiösen" sollte sich der Religiöse Sozialismus nicht verschließen; er sollte offen sein für zweierlei: Lernen aus der Geschichte und sich öffnen für das, was noch alles passieren kann.

KK: Die politische Linke bei uns müßte also religiös werden, um wieder zu hoffen. Der hoffenden Offenheit, die Du wünschst, steht gegenwärtig eher ein gewisser Defaitismus und eine Orientierungslosigkeit der Linken gegenüber. Und das nicht nur wegen der Vermarktung und Verballhornung ihrer Ideen und Symbole. Ich denke dabei an die Friedenstaube auf dem schrägen schwarzrotgoldenen Emblem der CDU. Ich denke auch an einen möglichen Defaitismus angesichts des einprogrammierten Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen. Wo siehst Du mögliche Ursachen für die Resignation?

WD: Der Komplex Hoffnung fehlt. Da liegt ein zu kurzer Zu-

kunfts begriff vor. Man will den gewünschten Zustand unbedingt noch erleben und die Sache in den nächsten fünf Jahren in Ordnung bringen. Ich kann natürlich als 82jähriger gut reden, daß die Geschichte sehr langsam vorangeht. Das habe ich gerade in der Friedensfrage erfahren. Im Friedensbund Deutscher Katholiken kämpften wir in den zwanziger Jahren gegen die Panzerkreuzer A und B mit Begründungen, die mit unseren aktuellen vergleichbar sind. Wir sagten: "Wenn ganz Europa abgerüstet werden muß, dann sollten wir doch dafür sorgen, daß Deutschland abgerüstet bleibt." Amerikas europäisches Engagement war eine Episode gewesen; Rußland war noch ein schwaches revolutionäres Land. So konnten wir entschieden europäisch denken und davon ausgehen, daß Deutschland Pfahl im Fleische Europas sein sollte: "Ärgert euch nicht darüber, daß euch das aufgezwungen wurde, das einzige abgerüstete Land Europas zu sein, sondern nehmt es als Chance wahr, als Hebel, um die anderen Nationen zur Abrüstung zu ermuntern." Das war nun vor sechzig Jahren. "Kampf dem Atomtod" war vor dreißig Jahren. Also sechzig Jahre lang ein Engagement in dieser Sache und eine Pleite nach der anderen. Wenn man sechzig Jahre Kampferfahrung hinter sich hat, ist es natürlich leicht zu sagen: "Ihr müßt mit längeren Zeiten rechnen."

KK: Du, der Du doch angesichts Deines hohen Alters der Ungeduldigsten einer sein müßtest, empfiehlst Geduld?

WD: Nein, nein! Ich bin nicht der Meinung, daß man geduldig sein soll; man muß sowohl Ungeduld wie Geduld haben. Wir müssen eine produktive Mischung aus großer Ungeduld und großer Geduld entwickeln. Natürlich werde ich mit jedem Jahr ein Jahr älter. Es kann jeden Augenblick passieren, daß ich die Erfahrungen, die ich mit den Problemen Christentum und Politik, Christentum und Sozialismus gemacht und gesammelt habe, bald nicht mehr weitergeben kann, weil ich nicht mehr da bin, zu schwach durch Siechtum oder ganz einfach durch den Tod.

KK: Die Vorstellung, der Abruf könnte jederzeit kommen, ist sie bei Dir präsent?

WD: Ja, sie ist da, aber nicht sehr tief, die Seele verstimmend; das nicht. Der Gedanke an den Tod ist mehr rational. Denn im Lebensgefühl bin ich immer noch frisch; ein sehr alter Mann und oft müde, aber ich spüre noch keine Vergreisung. Ich möchte wirklich 92 Jahre alt werden. Ihr werdet es abwarten müssen, und ich auch.

Klaus Kreppel

## KARL MARX IM SOZIAL-KATHOLIZISMUS SEINER ZEIT

Das Bild vom "katholischen Proletariertypus" und vom "protestantischen Bürger" mag sich gelegentlich als Vorurteil entpuppen, es hat aber seine Erfahrungswurzel im 19. Jahrhundert, als die Katholiken in Deutschland die Industrialisierung im wesentlichen von ihrer Schattenseite her erlebten. "Soziologisch" - würde man heute sagen - waren sie in den Führungspositionen von öffentlicher Verwaltung, Militär und Wirtschaft "unterrepräsentiert", dagegen in bäuerlichen, handwerklichen und ungelerten bzw. angeleitet-industriellen Beschäftigungsarten "überrepräsentiert". Verarmende Bauern und arme Industriearbeiter erlebten den "Pauperismus", also das Dasein in Armut am eigenen Leib, entwickelten Vorbehalte und Ressentiments gegen den Industriekapitalismus und die ihn begründenden liberalistischen Ideen - auch gegenüber ihren politisch-humanitären Vorstellungen von individuellen Grundrechten und repräsentativer Demokratie.

Beachtenswert ist dabei die Begrifflichkeit, der sich die Aversion vor dem Kapitalismus bediente. Der heutige Zeitgenosse würde sagen, das sei die Sprache des Sozialismus oder gar des Marxismus; der damalige Zeitgenosse hätte das etwas unbekümmerter und ohne Scheuklappen gesehen und festgestellt, daß alle Proletarier, ob christlich sozialisierte oder sozialistisch orientierte, die gleichen sozialen Folgen des Kapitalismus zu erleiden hatten.

Selbstverständlich unterschieden sich Ziele und Motive zwischen Sozialkatholiken und Sozialdemokraten erheblich. Auf der einen Seite wurde der Sehnsucht nach dem verlorengegangenen Paradies der ständischen Ordnung und ihrer organisch-genossenschaftlichen Produktionsweise angehangen, auf der anderen Seite die Utopie von der künftigen brüderlichen Gesellschaft entworfen. Aber verband nicht beide der gemeinsame Problemdruck des Elends und die Erfahrung der Abwesenheit einer brüderlichen Lebensordnung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen sollte? Allzu vorschnell schoben die Vertreter der "reinen Theorie" - allen voran Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" - die sozialromantische Kritik in die "reaktionäre" Schublade, während die Verfechter des Zukunftsbildes einer klassenlosen Gesellschaft als "progressiv" etikettiert wurden, weil sie ja nach vorn schauten ins noch nie Dagewesene. Heute wissen wir, daß auch die Utopien vom verlorenen Paradies zehren und daß auch die "Sozialro-

mantiker" im Recht sind, wenn sie sich gegen ungehemmte Fortschrittsideologie zur Wehr setzen. Exemplarisch für ihre Zeit werden drei katholische Arbeitswerttheoretiker vorgestellt: Franz Hitze (1851 - 1921), Wilhelm Emanuel von Ketteler (1811 - 1877) und Wilhelm Hohoff (1848 - 1923).

#### Franz Hitze: Die Arbeiter leben im Elend

Franz Hitze beklagte im Jahre 1877 die Zerstörung der handwerklich-zünftlerischen Produktionsorganisation durch die Gewerbefreiheit des Industrialismus. Es bedurfte wohl damals keines marxistischen Scharfsinns, um Zukunftsprognosen zu stellen; jedenfalls sah Hitze die immer breiter sich öffnende Schere zwischen Konzentration des Kapitals und Massenelend auf die Menschheit zukommen. "Das Kapital sammelt sich in den Händen weniger, während der andere Teil der Menschheit, das Proletariat, in materiellem und sittlichem Elende dahinsiecht." "Kapitalismus" definiert Hitze ähnlich wie Marx als Herrschaft des Kapitals auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet: "Die wirtschaftliche - kulturfeindliche - Ausbeutung des vierten Standes durch den dritten oder der Arbeit durch das Kapital ist der Kernpunkt der 'sozialen Frage', wie wir sie heute fassen", sagt Hitze. Ursachen des Übels sieht er in den Verkehrserleichterungen, der Ausdehnung der Märkte vom Lokalbereich auf die Weltebene, der Einführung der Maschine, der Arbeitsteilung und in der durch die Freizügigkeit entfesselten Konkurrenz. "Das Kapital wurde zum entscheidenden Faktor unserer Produktion, daß ihm gegenüber die Arbeit in den Hintergrund tritt. Schon in den uns geläufigen Ausdrücken 'Arbeitgeber' und 'Arbeitnehmer' spricht sich dieses anormale Verhältnis klar aus: der Kapitalist - Arbeitnehmer - wird 'Arbeitgeber', und der Arbeiter wird 'Arbeitnehmer' genannt." (Hitze, Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Paderborn 1877, S. 25).

"Kapitalismus" wird im frühen Sozialkatholizismus als Vorrang des Produktionsfaktors Kapital vor dem Produktionsfaktor Arbeit definiert. Hier lehnt sich Hitze eng an die Theorie der Produktionsfaktoren von Adam Smith an, sieht diese aber bereits mit den Augen der kritischen politischen Ökonomie, indem er dahinter ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis erblickt. In der Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsweise schöpfen Hitze und Marx aus ähnlicher Erfahrung, nämlich der der Entfremdung des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln und der Einschätzung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit als eines gesellschaftlichen Gegensatzes. Selbst die Ursachen werden ge-

meinsam auf die zügellose Entfesselung der Produktivkräfte zurückgeführt. Ziel ist die Wiedervereinigung der Arbeitsmittel (Kapital) mit der Arbeitskraft (Arbeit) - ein durchaus auch von Marx formuliertes Anliegen. Beide verbindet der hohe anthropologische Anspruch, "Entfremdungssituationen" aufzuheben, die dem Wesen des Menschen, der sich in, mit und durch Arbeit selbstverwirklicht, widersprechen. Der frühe Hitze unterscheidet sich von Marx darin, daß er die Aussöhnung von Kapital und Arbeit in der Rekonstruktion der handwerklichen privaten Produktionsweise verwirklichen möchte. (Der späte Hitze übrigens akzeptiert die kapitalistische Produktionsweise, möchte aber ihre Auswüchse durch "Sozialpolitik" eindämmen.)

#### Wilhelm E. v. Ketteler: Der Mensch wird zur Ware

Bischof Ketteler erweitert durch sein genossenschaftliches Produktionsmodell den Aussöhnungs-Ansatz auf eine mittlere ökonomische Ebene. In seinem Modell von Produktiv-Assoziationen werden die Arbeiter zu Miteigentümern. Das Eigentum, das seinen "Grund in der natürlichen Ordnung" hat, wird nicht "abgeschafft", sondern unter mehr Menschen verteilt. Die Bedingungen des Industriesystems werden von Ketteler wesentlich stärker miteinbezogen als vom frühen Hitze.

Wilhelm Emanuel von Ketteler argumentiert in seiner konkreten Analyse ebenfalls mit Marx, wenn er ausführt: "Die Arbeit ist zur Ware geworden. Sie unterliegt den Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Das Gesetz für den Preis der Ware liegt zuletzt in den notwendigen Produktionskosten der Ware. ... Wie der Preis der Ware sich bestimmt nach den Produktionskosten derselben, so bestimmt sich der Preis der Arbeit nach dem Allernotwendigsten des Menschen"; genauso wie der Unternehmer versucht, die Produktionskosten niedrig zu halten, so versucht er auch die Löhne zu drücken. Und so kommt es nach Ketteler zu jenem "schlechten Zustand", "wo diese Menschenware unter ihrem Produktionspreis angeboten wird." (Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christentum, 1864. Ausgabe Mainz 1890, S. 16.)

Ketteler übernimmt das von David Ricardo und Ferdinand Lassalle entdeckte "eherne Lohngesetz", welches besagt, daß der Arbeitslohn niemals das gesellschaftliche Existenzminimum übersteigen wird. Bei Lohnerhöhungen würde sich infolge der verbesserten Lebensmöglichkeiten die Kindersterblichkeit verringern und damit das Angebot an Arbeitskräften vermehrt, was wiederum zu Lohnkürzungen führe. Da sich dieses "eherne" Gesetz nicht brechen lasse, müßten

zusätzliche Einkommensquellen für den Arbeiterstand geschaffen werden.

Die praktikabelste Lösung sieht Lassalle im Kompromiß zwischen Jetzt-Zeit und sozialistischer Utopie. Er befürwortet die fabrikmäßige Großproduktion des Industriesystems, aber in der Form der Produktionsgenossenschaften, die die Arbeiter selbst mit staatlicher Finanzierungshilfe gründen sollen. Und dieser Staat soll durch eine demokratisch-sozialistische Mehrheit legitimiert sein, wenn erst einmal das Allgemeine Wahlrecht für die arbeitenden Klassen eingeführt worden ist. In der Produktiv-Assoziation ist jeder Mitproduzent am Unternehmen beteiligt.

Ketteler teilt Lassalles Auffassung nicht nur durch die ähnlich begründete Übernahme des "ehernen Lohngesetzes". Auch in der genossenschaftlichen Lösung der Kapitalismusplage geht er mit ihm soweit konform, als er liberale Genossenschaftsformen grundsätzlich ablehnt, 1. weil ihre Genossenschaften weiterhin im System der unbedingten Gewerbefreiheit konkurrieren müssen (Ketteler: freie Konkurrenz ist "eitle Phantasie"), 2. weil die Liberalen eine "heidnische" Arbeitsmoral besäßen, in der die Arbeit keinen sittlichen Wert habe, sondern "Sache der Sklaven" sei, 3. weil die Kooperation der Genossenschaftsmitglieder und der Genossenschaften untereinander nur "mechanisch", d. h. der besseren Produktion wegen und nicht "organisch", d. h. der besseren Gemeinschaft wegen gedacht sei. "In dieser Hinsicht sind die Ausführungen von Lassalle unwiderlegt und unwiderleglich" (Ketteler).

Ein fast uneingeschränktes Vertrauen in die Richtigkeit seiner Auffassungen schenkt der katholische Bischof dem Sozialistenführer! Er übernimmt auch Lassalles Idee vom genossenschaftlichen Miteigentum und der Beteiligung am Gewinn, von der Kapitalbildung durch Staatshilfe, demokratisch durch allgemeine Wahlen legitimiert. Ketteler: "Der Weg dazu ist nicht über die derzeitigen Kammern möglich, sondern nur über das direkte Wahlsystem, um durch Majoritätsbeschlüsse den Staatswillen dahin zu bestimmen, daß die notwendigen Kapitalien vorgestreckt werden." Wie ernst es Ketteler mit dem Allgemeinen Wahlrecht war, zeigt seine Bereitschaft, sowohl 1848 für die Nationalversammlung als auch 1871 für den neuen Reichstag zu kandidieren. Lassalles Vorschläge waren für Ketteler durchaus keine Patentlösung, sondern "nur ein unendlich bescheidener Anfang ganz anderer Dinge, die da kommen müssen".

Ketteler ist für seine Zeit noch oder schon ein "politischer Theologe", der ganz im Sinne der augustinisch-thomistischen Tradition im Christentum selbst die politischen Mittel sucht für die "sittliche und wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes". Er unterscheidet nicht zwischen ewigem Heil und irdischem Wohl. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit gehört zu den Fragen des Heils: "Christus ist auch deshalb der Heiland der Welt, weil er auch das Heil für alle anderen Verhältnisse der Menschen, bürgerliche, politische und soziale, gebracht hat. ... Er ist insbesondere auch der Erlöser des Arbeiterstandes."

Was waren wohl für Ketteler "die ganz anderen Dinge, die da kommen müssen"? Sah er sie möglicherweise in Marxens Vorschlägen einer antikapitalistischen Strukturreform? Im Jahr 1871 soll Ketteler seinem Verehrer, dem frischgeweihten Jungpriester aus Paderborn, Wilhelm Hohoff, gegenüber gesagt haben, daß die Marx'schen ökonomischen Lehren den Dogmen der katholischen Kirche nicht entgegenstünden, ja, daß der "Extrakt des Marxismus die reinste Nächstenliebe" sei.

Ketteler hatte den 1867 edierten ersten Band des Marx'schen "Kapital" als Reiselektüre mit nach Rom zum Ersten Vatikanischen Konzil genommen. Und Hohoff hatte nach seiner ermutigenden Begegnung mit Ketteler im Jahre 1871 ebenfalls den ersten Band des "Kapital" gelesen und ihn in den "Christlich-sozialen Blättern", dem Zentralorgan der christlich-sozialen Vereine des Rheinlandes, rezensiert. Fazit: Die darin enthaltenen ökonomischen Aussagen stünden "im schönsten und vollsten Einklang mit der einstimmigen Doktrin der katholischen Kirche und der alten katholischen Theologen". Die Wahrheit der Marx'schen und der katholischen Lehre bestünde darin, daß allein die "menschliche Arbeit" Faktor und Maßstab ökonomischer Werte sei.

#### Wilhelm Hohoff: Nur die Arbeit schafft Werte

Als gemeinsame Einheit in den Warenwerten sieht Hohoff "menschliche Arbeit"; er lehnt sich dabei an Thomas von Aquins Vorstellung der "communis mensura" an. Als Gebrauchswerte, so sagt Hohoff, sind die Produkte "Bibel" und "Cognac" in-commensurabel, also durch keinen vergleichbaren Maßstab zu bewerten; "absolut disparate Wesen", wie Marx sagt. Erst wenn man von ihrer inkommensurablen körperlichen Substanz absieht, so bleibt ihnen die gemeinsame Eigenschaft, "daß sie Produkte menschlicher Arbeit sind. Die Arbeit muß also die gemeinschaftliche Einheit sein, worauf die Waren als Werte reduzierbar sind" (Hohoff).

Wilhelm Hohoff folgt also in seinem Argumentationsgang Karl Marx, um die Unterschiede zwischen "Gebrauchswert" und "Tauschwert" eines wirtschaftlichen Gutes herzustellen. Auch Hohoff abstrahiert von den Gebrauchswerten, um das Austauschverhältnis der Waren zu charakterisieren. Diese haben nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihnen vergegenständlicht ist. Der Tauschwert ist nach Marx und Hohoff die notwendige Ausdrucksform oder Erscheinungsform des Wertes, während der Wert selbst das Gemeinsame ist, das sich im Austauschverhältnis der Waren darstellt (Marx, Das Kapital I, S. 53, MEW 23).

Auf die unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Ansätze bin ich bereits an anderer Stelle ausführlich eingegangen (K. Kreppel, Entscheidung für den Sozialismus, Bonn 1974, S. 103 ff., s. Besprechung in CuS 4/79). Zu fragen wäre hier v. a., welche Konsequenzen Hohoff aus den Einsichten, die er mit Marx teilt, zieht. Arbeit erscheint Hohoff als metaphysisch-ontologische Größe, wie sie die katholische Tradition in der Antike übernommen und in der Scholastik ausformuliert hat. In ihrer naturrechtlich-überzeitlichen Form versteht Hohoff sie als Ursache (causa efficiens) und Maßstab (mensura) jedes ökonomischen Wertes. Die kapitalistische Lohnarbeit hingegen erscheint Hohoff als "naturwidriger" Zustand, weil ihr Preis auf die bloßen physischen Reproduktionskosten des Arbeiters reduziert wird; sie ist damit der konkrete historische Ausdruck der sittlichen Mißachtung des Wertgesetzes.

Die von Hohoff bevorzugten Lösungsmodelle lehnen sich an sozialromantische Vorstellungen an, zünftlerisches Genossenschaftswesen und klösterlicher Kommunismus sind die von ihm bevorzugten Idealbilder, die sich annähernd in den freien Produktiv-Assoziationen nach Lassalle-Ketteler'schem Vorbild verwirklichen lassen.

In Bezug auf die genossenschaftliche Lösung des Problems der Lohnarbeit bleibt Hohoff ganz in der Tradition Kettelers. Aber schon Ketteler wußte um die "relative Lösung", die die Produktiv-Assoziationen mit sich brächten, da sie im Vergleich zur Gesamtmasse der Arbeiter nur eine sehr beschränkte Ausdehnung haben würden. Also suchte Hohoff nach einer gesamtgesellschaftlichen Lösung in einer neuen "sozialistischen" Gesellschaft. Den Sozialismus, wie ihn Marx und die Arbeiterbewegung propagierten, hielt Hohoff "an sich" für ein "hohes hehres Ideal", das im Christentum wurzelte (Hohoff, Die Bedeutung der Marx'schen Kapitalkritik, Paderborn 1908, S. 127 f.). Da

der Sozialismus (gemeint ist hier die sozialistische Bewegung) "in seiner konkreten historischen Erscheinung" mit atheistischen Vorzeichen aufträte, zeige er der "modernen unchristlichen", also liberalkapitalistischen Gesellschaft nur ihr eigenes Spiegelbild. Eine ähnliche antithetische Argumentationsweise finden wir übrigens bei Ketteler, der die Aussagen des marxistischen Sozialismus unter der Bedingung für "wahr" hielt, als sie auf einem "falschen" Liberalismus aufbauten. Während Atheismus und Religionskritik im marxistischen Sozialismus häufig zu katholischen Aversionen führten, die auch seine ökonomischen Zielsetzungen mit einbeschlossen, finden wir in Wilhelm Hohoff den ersten katholischen, ja christlichen Theologen, der hier entscheidende Differenzierungen vornimmt.

Den Marx'schen Atheismus interpretiert Hohoff als radikalen Humanismus, d. h. als eine am Menschen orientierte sittliche Empörung gegen eine sich christlich nennende Zivilisation und Gesellschaft, die aber mit dem von ihr beschworenen Christentum "Mißbrauch getrieben" und sich "in egoistischer Verblendung den notwendigen sozialen Reformen widersetzt" habe (Kapitalkritik, S. 126). Hohoff nimmt an, daß Marx mehr an der konkreten Erscheinungsweise des "Christentums", nicht in erster Linie an seinem Wesen Anstoß genommen habe, als er schrieb, daß die Religion als "Deckmantel" für weltliche Zwecke mißbraucht worden und daher "in unauflöselichen Konflikt mit der Ehrlichkeit des religiösen Bewußtseins" geraten sei (Marx, Judenfrage, 1843). Marx charakterisiert nach Hohoff gerade "das Übel, an dem die vom Christentum und von der Kirche abgefallene Welt krankt, mit markiger Prägnanz" (Kapitalkritik, S. 272).

So hat Marx den Weg für ein sozialistisch geläutertes Christentum geöffnet und übernimmt dabei die "providentielle Bedeutung" einer "Zuchtrute" Gottes. Auch der Sozialismus muß von seinem Atheismus, der ihm nicht wesentlich sei, vielmehr ein liberalistisches Beiprodukt sei, befreit werden, um seine Synthese mit dem Christentum zu finden. "Der Sozialismus ist neben dem Katholizismus die einzige wahrhaft internationale Strömung. Wie, wenn dermaleinst beide sich verbänden!" (Kapitalkritik, S. 108).

Karl Marx fand im Katholizismus seiner Epoche keinen ungeteilten Beifall, aber auch keine grundsätzliche Ablehnung. Dort, wo Marx in seiner arbeitswert-orientierten ökonomischen Theorie auch für Sozialkatholiken nachvollziehbare Einsichten vermittelte, konnten sie ihm ungeteilt folgen. Bei aller Deutlichkeit der unterschiedli-

chen gesellschaftspolitischen Motive verbindet beide die Einsicht in den Objektcharakter der Arbeit gegenüber dem Kapital, der Entfremdung des Arbeiters von den Produktionsmitteln und das Ziel, der hohen Wertschätzung der menschlichen Arbeit wieder gerecht zu werden. So bedienten sich der frühe Franz Hitze, Bischof Ketteler und Wilhelm Hohoff der sozialistischen und sogar der marxistischen Begriffssprache, wenn damit die Zustände beim Namen genannt werden konnten.

Während Hitze sich später aus der antikapitalistischen Begriffswelt löste, dachte Ketteler seinen lassalleanischen Ansatz bis ins Detail weiter. Und Wilhelm Hohoff gelangte es offenbar mit dem Segen des Sozialbischofs, einen katholizismusimmanenten Zugang zum Werk von Karl Marx zu finden, worauf seine ebenfalls neuscholastisch argumentierenden Zeitgenossen teils mit peinlicher Zurückhaltung, teils mit moralischem Druck antworteten, weil er sich dogmatisch keiner Häresie schuldig gemacht hatte.

Die offiziellen Vertreter des Sozialkatholizismus befürchteten, daß Hohoff zahlreichen Katholiken der Industrieregionen die politische Hinwendung zu Sozialismus und Sozialdemokratie erleichterte, ohne daß sie ihre religiös-kirchliche Identität verloren. So erhielt der Name Hohoff historischen Symbolwert für einen "katholischen" Sozialismus, allerdings in einer Ideenwelt, die dem 19. Jahrhundert verhaftet blieb und die wir Heutigen nicht mehr nachzuvollziehen vermögen.

Georg Humbert

## KATHOLISCHE SOZIALISTEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Das "Rote Blatt" und der Kreis um Ernst Michel und Heinrich Mertens

"Katholische Männer und Jungmänner, Glieder des Volkes von Morgen, des Proletariats von heute, haben das rote Banner mit schwarzem Kreuz entfaltet: Katholische Sozialisten ziehen frohen Mutes in den Kampf!"

Diese etwas agitatorisch und pathetisch wirkenden Worte Heinrich Mertens finden wir auf der ersten Seite des "Roten Blattes" der Katholischen Sozialisten, das im Januar 1929 zum ersten Mal erscheint. Der engagierte, damals 23-

jährige Autor und Herausgeber der monatlich erscheinenden Zeitschrift beschreibt hiermit indirekt die Situation und Problematik vieler linker Katholiken. Das Bemühen um eine anerkannte Position innerhalb der katholischen Kirche und die Versuche, in Arbeiterkreise vorzudringen, wie auch bei der SPD Beachtung zu finden, sind kennzeichnend für den ständigen Kampf an zwei völlig unterschiedlichen Fronten.

Als "heroische Sonderleistung" bezeichnet Walter Dirks (geb. 1901) im gleichen Jahr dieses Engagement und bezieht vor allem zur damaligen Sozialdemokratie eine kritische Position. Betrachtet man, welchen Schwierigkeiten noch heute kritische, linke, sozialistische Strömungen oder gar die Friedensbewegung innerhalb der Kirche ausgesetzt sind, so ist zu fragen, ob die katholischen Sozialisten mehr als nur ein einzelner exotischer Farbtupfer auf der großen bunten Palette der Weimarer Zeit waren.

Das "Rote Blatt" der katholischen Sozialisten hatte eine lange Vorgeschichte und setzte nur einen Akzent in der heute meist völlig unbekanntem positiven Auseinandersetzung katholischer Kreise mit der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus, die durch den Nationalsozialismus unterdrückt wurde.

Lange vor Marx und von diesem heftig kritisiert entwickelten die Frühsozialisten, anknüpfend unter anderem an Thomas Morus und den Dominikaner Tommaso Campanella ein utopisches Sozialismusmodell. Als Wegbereiter eines Sozialen Katholizismus wird heute Abbé Felicité de Lamennais, ein katholischer Geistlicher, der 1834 exkommuniziert wurde, bezeichnet. Durch Rousseau und die Revolution beeinflusst, entwickelte er freiheitlich demokratische Vorstellungen in Form einer theokratischen Demokratie. Als 1848 im Kommunistischen Manifest die Proletarier optimistisch zum Kampf gegen den Kapitalismus aufgerufen werden, sieht der katholische Pfarrer Freiherr von Ketteler (1811 - 1877) in seinen später berühmten Adventspredigten das Weltgericht drohend nahe und ruft zur Lösung der sozialen Fragen auf. Als Bischof nimmt er später aus der Kenntnis der Sorgen des Großstadtproletariats den Kontakt zu Lassalle auf, und es entwickelt sich ein intensiver Dialog. Als der Sozialistenführer stirbt und die Freidenker sich stärker durchsetzen, wendet sich Ketteler von der Sozialistischen Arbeiterbewegung ab und gründet eigene Arbeitervereine.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen viele bedeutende katholische Persönlichkeiten die Herausforderung der sozialistischen Bewegung an und entwickelten teils in Anlehnung, teils in deutlicher Abkehr zur Arbeiterbewegung eigene Modelle. Hier seien stellvertretend Franz Hitze, der

Begründer des Volksvereins für das Katholische Deutschland, und Wilhelm Hohoff, der bedeutendste katholische Marx-Rezipient, genannt. (Klaus Kreppel ging im vorangegangenen Artikel näher auf beide ein.) Einige der zahlreichen Arbeiten Hohoffs wurden später im bereits erwähnten "Roten Blatt" abgedruckt.

Während im evangelischen Raum seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die religiösen Sozialisten ihre Bewegung aufbauten und vor allem durch Christoph Blumhardt, Leonhard Ragaz und Paul Tillich beeinflusst wurden, entstanden in Österreich und in Deutschland kleine Gruppen, die sich mit der sozialen Frage und später auch intensiv mit dem Sozialismus beschäftigten. Im Vordergrund steht hier zunächst die scharfe konservative Kapitalismuskritik, die u. a. von dem katholischen Sozialtheoretiker Freiherr Karl von Vogelsang (1815 - 1890) beeinflusst wurde. Die marxistische Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems wird in großen Zügen übernommen, hingegen werden der philosophische Materialismus und Atheismus der Marxisten abgelehnt. Während in Österreich der katholische Metallarbeiter Otto Bauer den Bund der Religiösen Sozialisten Österreichs gründet, nähert sich der oben genannte Heinrich Mertens (1906 - 1968) stärker der SPD an. Aus einer Arbeiterfamilie stammend, wendet er sich sehr jung der Katholischen Sozialen Bewegung in ihren verschiedenen Gruppierungen zu.

Als bei den Reichstagswahlen 1928 sich herausstellt, daß die Bindung der katholischen Arbeiter an das Zentrum nachgelassen hat, interessiert sich die SPD nun stärker für die Katholiken und fördert die Gründung eines katholischen Pendantes zum bereits bestehenden Bund der Religiösen Sozialisten. Nach einigen kleineren publizistischen Versuchen gibt Heinrich Mertens 1929, unterstützt von einem kleinen Kreis das "Rote Blatt" der Katholischen Sozialisten heraus. Deutlich kritisiert von dem katholischen Publizisten Walter Dirks liegt sein Interesse offensichtlich stärker darin, Katholiken in der SPD zu sammeln und zu einem Kampfbund zusammenzuschließen. Dirks und andere Publizisten, die dem Sozialismus nahestanden, entwickelten eigene Entwürfe und verbreiteten vor allen Dingen durch ihre publizistische Arbeit in der "Rhein-Mainischen Volkszeitung", in der "Deutschen Republik" u. a. ihr Gedankengut. In der Sozialdemokratie sehen sie eher eine kleinbürgerliche Partei, die weder den Sozialismus noch die Arbeiterbewegung repräsentiert. Mertens hingegen setzt seine ganze Kraft darein, als Katholik in der Sozialdemokratie Fuß zu fassen und dies als gläubiger Katholik auch innerhalb der Kirche zu vertreten. Durch den Kulturkampf Bismarcks war die Überzeugung entstanden, daß

die Katholiken sich in einer Partei zu einer Einheitsfront zusammenschließen müßten. Daher wurden Katholiken, die sich politisch nicht im Zentrum beheimatet wußten, in eine Außenseiterposition gedrängt. So war es für die Katholischen Sozialisten von entscheidender Bedeutung, ihre feste Verwurzelung in der Katholischen Kirche und dem Glauben zu bezeugen. Dies war umso notwendiger, da sie von Anfang an wußten, daß der Kampf an zwei Fronten zu führen war, wegen freidenkerischer Kreise bei den Sozialisten und gegen konservative Katholiken. So schreibt Mertens: "In dem Augenblick, wo der katholische Sozialist von seinen kirchlich religiösen Pflichten nur ein Teilchen ausläßt, ist er ein Verräter geworden, der den Gegnern die tödliche Waffe in die Hände gibt". Mertens geht davon aus, daß die Arbeiterschaft durch die kirchlichen Pastoralmethoden, die sich an bürgerliche gläubige Christen wenden, nicht erreicht werden kann. Aus seiner intensiven Beschäftigung mit der Missionsgeschichte und -theorie entwickelt er den Gedanken, daß eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der auswärtigen Mission und der Industrie-seelsorge besteht. Dieser hier nur kurz umrissene Ansatz ist meines Erachtens sehr bedenkenswert auch hinsichtlich der modernen Probleme der Industrie-seelsorge. Der sozialdemokratischen Partei gegenüber bewahrt er eine kritische Distanz.

"Wir katholischen Sozialisten können keine begeisterten Sozialdemokraten sein, aber viele von uns sind Gläubige und hoffende Sozialdemokraten."

Im Sozialismus wird mehr als eine neue Wirtschaftsordnung gesehen. Nach Auffassung von Mertens stellt er eine neue Geisteshaltung dar. Durch den Liberalismus, der dem einzelnen ein größeres Maß an Freiheit und Gleichheit gebracht habe, sei der Kapitalismus entstanden, doch erst im Sozialismus werde das gesellschaftliche Zusammenleben sinnvoll geordnet. So ergibt sich auch eine eindeutig ablehnende Haltung gegen die Kultur- und Schulpolitik der Sozialdemokratie. Teilweise finden sich im "Roten Blatt" kritische Auseinandersetzungen mit den Ehevorstellungen der SPD. Wenn die Katholischen Sozialisten sich auch nicht eindeutig der SPD anschließen, so ist doch die Resonanz von Parteiseite auf die erste Nummer des "Roten Blattes" groß.

Führende Parteipolitiker senden Grußbotschaften an die katholischen Genossen und geben positive Stellungnahmen ab. Die protestantisch geprägte Bewegung der Religiösen Sozialisten geht sehr positiv auf die katholische Bewegung ein. So erscheint dann auch der zweite und letzte Jahrgang des "Roten Blattes" im Verlag der religiösen Sozialisten. Die Resonanz von katholischer Seite ist vorwiegend kritisch und

ablehnend. Zur Generalversammlung des Katholikentages in Freiburg 1929 warnt Papst Pius XI. vor den Theorien der katholischen Sozialisten. Ebenso wird von den deutschen Bischöfen und führenden Klerikern mit Hinweis auf die menschliche Unvollkommenheit und die sich daraus zwangsläufig immer wieder ergebenden wirtschaftlichen Mißstände die Arbeit der katholischen Sozialisten abgewertet und diffamiert. 1931 werden dann das "Rote Blatt" der Katholischen Sozialisten und die "Zeitschrift für Religion und Sozialismus", das bisherige Organ der Religiösen Sozialisten, zusammengelegt und unter dem letztgenannten Titel weitergeführt. Heinrich Mertens übernimmt für kurze Zeit auch die Schriftleitung. Von Seiten der SPD folgt ein Rückzug und schließlich das Abbrechen aller Kontakte, vor allen Dingen durch den Einfluß der Freidenker auf die Parteileitung. Auch waren die erwarteten Erfolge durch die Katholischen Sozialisten nicht eingetreten. So erweist sich dann für Mertens, daß der Zweifrontenkampf auf die Dauer nicht zu führen ist. Als er 1932 einen Studienplatz bekommt, den er nach dem Machtantritt der Nazis sofort wieder verliert, gibt er schließlich seine Arbeit in der Katholisch Sozialistischen Bewegung auf. Der aufkommende Faschismus verändert die politische Situation gänzlich, so daß sowohl die evangelische als auch die katholische Bewegung in den Untergrund gehen müssen.

Diese Entwicklung zum Faschismus ist von verschiedenen bedeutenden Katholiken, die im weitesten Sinne zu den Katholischen Sozialisten zu zählen sind, vorausgesehen worden (s. die Dirks-Rezension in diesem Heft). Es wurde vor allen Dingen publizistisch mit Vehemenz dagegen vorgegangen, wobei die Position der Katholischen Kirche immer wieder hinterfragt wurde und teils sehr deutliche Kritik geübt wurde.

Während die eindeutige Ablehnung des Sozialismus nie zur Diskussion stand von offizieller Seite aus, wurden aus der Sicht der Katholischen Sozialisten dem Nationalsozialismus als Bewegung immer wieder Zugeständnisse gemacht. Vor allen Dingen erhofft man sich von offizieller Seite, daß dieser sein atheistisches Gepräge aufgeben würde, um dann auch von katholischer Seite anerkannt werden zu können. Hier wie in anderen Bereichen auch blieben die Katholischen Sozialisten einsame Rufer mit einer wenig faßbaren Wirkung. Ernst Michel (1889 - 1964), einer der Mitarbeiter am "Roten Blatt", der an dieser Stelle noch besonders erwähnt werden soll, gehört zu den wichtigen Mahnern und Warnern vor dem aufkommenden Faschismus. Ernst Michel, dessen literarisches Schaffen schon 1920 erhebliche Beach-

tung fand, war neben seiner publizistischen Tätigkeit in verschiedenen Bereichen vor allen Dingen der Theologie, der Kunst und der Sozialwissenschaft tätig. Er hatte Kontakte zu führenden Publizisten seiner Zeit und wendet sich aus diesem Dialog heraus mehr und mehr der Politik zu. 1921 geht er zu der in Frankfurt gegründeten Akademie der Arbeit. Hier geht es ihm vor allen Dingen darum, der Arbeiterschaft die "Berufung zur Trägerschaft einer neuen Gesellschaftsordnung" bewußt zu machen, die gleichzeitig zur notwendigen "Wiedergeburt des Geisteslebens" führen soll. Über Walter Dirks entsteht auch die Beziehung zu Heinrich Mertens.

1926 veröffentlicht er seine bahnbrechende Schrift "Politik aus dem Glauben". Sie sollte "den theologischen Boden für die Möglichkeit vorbereiten, aus der Verantwortung des christlichen Glaubens den Sozialismus anzunehmen, ihn aber gerade als das zu nehmen, was er ist, ein weltlich Ding, eine geschichtliche Notwendigkeit". Michel betont vor allen Dingen die Arbeit der Laien. Die Stellung des mündigen Katholiken wird von ihm besonders hervorgehoben. Er weist auch die verschiedenen Lehrentscheidungen der Kirche, z. B. zum Sozialismusproblem, als Überschreitung der Kompetenz zurück. So wird das genannte Buch noch im gleichen Jahr auf den kirchlichen "Index" gesetzt. Damit wurde jedoch die Wirkung der Schrift, die nach Einschätzung der kritischen Katholiken unserer Zeit "zur Grundlage einer ganzen links-katholischen Generation" wurde, nicht aufgehoben. Die katholische Laienbewegung in Deutschland wurde nicht zuletzt dadurch in ihrem Engagement öffentlichen Lebens bestärkt. Michels' Entscheidung für den Sozialismus erwächst aus der Weltverantwortung des Christen. Sie ist für ihn eine Entscheidung des freien christlichen Gewissens. Michel akzeptiert den Sozialismus in seinen wesentlichen Inhalten, versucht jedoch nicht, in der Partei, sondern durch Integration in einer katholischen Gruppe diesen zu realisieren.

Ähnlich wie Mertens sieht er, ausgehend von der sich anbahnenden Trennung der sozialistischen Bewegung vom atheistischen Marxismus und der Krise der Bewegung selbst eine missionarische Aufgabe darin, die bloße Negation der gesellschaftlichen Zustände und die damit verbundene innere geistige Leere des Sozialismus zu überwinden und die Arbeiterschaft zu schöpferischer Aufbauarbeit zu führen. Seine Beziehung zur Partei charakterisiert er folgendermaßen: "Denn obwohl ich nicht Mitglied der SPD bin und vorläufig aus Gründen, die in der Partei zu suchen sind, nicht zu werden gedenke, bin ich doch Sozialist und bezeichne mich auch als solchen." 1931 erhält Michel an der

Universität Frankfurt eine Honorarprofessur für soziale Betriebslehre und Sozialpolitik. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 kommt das Ende der Akademie, deren Mitglieder sich deutlich von der faschistischen Ideologie distanzieren. Michel, der "den Grund zur modernen Betriebssoziologie gelegt hatte", verliert Stellung und Lehrerlaubnis. Schließlich wird ihm jedes weitere Wirken in der Öffentlichkeit unmöglich gemacht. So studiert er Medizin, insbesondere Psychotherapie, Psychologie und Neurologie, um als Arzt und Psychotherapeut zu arbeiten. Er sah die Katastrophe des Dritten Reiches kommen und bereitete sich bewußt mit Gleichgesinnten darauf vor, diese zu ertragen und zu überleben.

Sein Berufswechsel hat ihn vor allen Dingen in die seelärztliche Hilfe am einzelnen hineingerufen. Nach dem Kriege bleibt er publizistisch sehr zurückhaltend, obwohl er in sein Lehramt zurückkehren kann. Heute ist er als Sozialpsychologe vor allem durch seine Tätigkeit an der Akademie der Arbeit, aber auch als Religionsphilosoph noch einigen bekannt. In auffallender Weise wird sein Bemühen um den Sozialismus von ganz wenigen Schriften berücksichtigt. Auf die Katholische Soziallehre hat er wohl kaum einen Einfluß gehabt. Der heute sonderbare verschwiegene Begründer dessen, was man politische Theologie progressiver Richtung nennt, ist als Christ und Sozialist wohl nur noch in sogenannten linkskatholischen Kreisen bekannt, obwohl er erst 1964 kurz vor seinem 75. Geburtstag in Frankfurt starb. Seine Überzeugung und die seiner Mitstreiter, aus dem Glauben entscheidend an der Gestaltung dieser Welt mitarbeiten zu müssen, ist beachtenswert.

Daß diese Konzepte nicht veraltet, sondern auch heute noch diskutabel sind, zeigt folgende sehr aktuell anmutende Äußerung Michels, die er bereits im Jahre 1926 visionär darlegte: "Die Gefahr ist groß, daß die Überwindung des Kapitalismus im Zentrum, im Unternehmertum, selbst nicht erfolgt; daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit auf der Klassenebene weitergeht mit wechselndem Terraingewinn auf beiden Seiten und vorübergehenden "Friedensschlüssen", d. h. Ausgleichszuständen. Dann aber steigt die noch größere Gefahr am Horizont auf, auf die gelegentlich schon hingewiesen wurde: nämlich eines kapitalistischen Wirtschaftsimperiums, der, ermöglicht durch den Interessenausgleich von Lohnarbeit und Kapital, das Volksleben vollends dem ökonomischen Zweckdenken unterwirft und die Völker Europas, vielleicht unter der Maske eines Imperialismus der Wohlfahrt ins organisierte Chaos führt."

Antje Vollmer

## ALS "GRÜNE" IM BUNDESTAG

### 1. Plötzlich bin ich eine "Grüne"

Am 29. März bin ich nun ein Jahr im Bundestag. Das ist für mich immer noch eine merkwürdige Tatsache. Vieles war bei diesem Sprung in meinem persönlichen Leben seltsam: Noch um die Jahreswende 1982/83 hätte ich nicht im Traum daran gedacht. Die erste Anfrage kam am 7.1.1983 - und zwei Monate später waren wir bereits gewählt! Ich, als Nicht-Grüne, die ich immer noch bin, wurde über die "offene Liste" für die oppositionellen Bewegungen im ländlichen Raum aufgestellt. Es war meine allererste Grüne Versammlung, auf der diese Wahl stattfand. Diese "offenen Listen" empfinde ich immer noch als ein Stück grüner Praxis, das, weil es die Basisdemokratie ernst meint, einen deutlichen Unterschied zu den Aufstiegskarrieren in anderen Parteien markiert. Gleich wichtig ist die paritätische Besetzung: Es hat große Vorteile, wenn eine Frau sich nicht mühselig durch eine Riege von Männern hindurchboxen muß. Wir sind 10 grüne weibliche Abgeordnete; das zählt bereits.

Für mich waren also die "Grünen" etwas Neues. Ich mußte ihre Art, Politik zu machen, erst kennenlernen. Viel Erstaunen: Über die Ausgiebigkeit der Diskussionen, die ständige, permanente, oft quälende Öffentlichkeit in den immerwährenden Scheinwerfern, die Heftigkeit der Auseinandersetzungen, dieses Stück Anarchie und vollkommener individueller Meinungsfreiheit. Manchmal hatte ich den Eindruck: wir packen uns so viel Schwierigkeiten auf, wie es nur eben geht. Beispielsweise bei der Sprecherwahl: Wir wählten drei Sprecher(innen), nicht eine(n), obwohl doch Hierarchie soviel einfacher ist. Dazu drei Repräsentant(inn)en dreier sehr unterschiedlicher Grüner Traditionen. Einheit in der Vielfalt, das ist eine Grüne Grundüberzeugung. Es erzieht zur Toleranz, aber es braucht unendlich viel Geduld. Oder die Rotation, das elendige Dauerthema!

Wir müssen uns mit 56 Leuten aus allen Regionen Deutschlands mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen zusammenraufen, dazu noch mit hundert Mitarbeiter(inne)n. So sammelte sich in unseren Gängen und unserer "Betongruft" allmählich die Mischung aus allem, was im Deutschland der letzten 40 Jahre irgendwie aufmüßig, widerspenstig und außenseiterisch gewesen ist: Studentenbewegte, Ostermarschierer, Gewerkschafter, Jugendbewegte aus der Weimarer Zeit, Ökologen, Feministinnen, ein Homosexueller, ein General, ein berühmter

Rechtsanwalt, ein katholischer Theologe und eine evangelische Theologin, Studenten, Hausfrauen, Hausbesetzer, Anhängerinnen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, ein Rollstuhlfahrer, ein emigrierter Tscheche usw.

Daß es bei uns manchmal schwierig ist, ist nun landauf, landab bekannt. Was sich wenig vermittelt, ist dieses spannende Experiment, sovieler Strömungen, soviel politischen Widerstand, sovieler Individualisten und Einzelkämpfer zu einer handlungsfähigen Gruppe zusammenzuschließen.

## 2. Das Parlament

Wir haben fast alle unglaublich viel gearbeitet in diesem Jahr. Inzwischen blufft mich kein Ministerium (hoffentlich) mehr. Inzwischen weiß ich ungefähr, wie man eine kleine und eine große, eine schriftliche und eine mündliche Anfrage stellt. Wir haben alle viele Male im Parlament gesprochen, in der Regel spät am Abend. Wir kennen das Bahnhofshallengefühl in diesem leeren und unaufmerksamen Raum. Wir waren am 21. und 22.11. hin- und hergerissen zwischen der Bewegung, die draußen dieses Parlament belagerte, und unserem merkwürdigen Standort im Inneren der Festung. Wir haben uns daran gewöhnt, die politischen Größen aus der Nähe zu sehen, und sie kennen unsere Namen. Ich habe mich immer noch nicht an das Fernsehen gewöhnt, an die Aufregung, plötzlich am Telefon ein Interview geben zu müssen.

Die Abgeordneten umgibt ein Ritual, das die echte Ohnmacht verschleiert. Die normalen Abgeordneten der anderen Parteien führen fast ein Schattendasein in Bonn. Wie wir alle werden sie zwar hin- und hergehetzt, aber ohne echte politische Handlungsmöglichkeit. Nur in ihrem Wahlkreis sind sie bedeutend. Sonst spricht, handelt und leitet ihre Fraktionsführung. Wir werden, einzeln und einsam wie wir sind, schnell gezwungen, zu jeder Frage im Ausschuß, zu jedem Fall, der in das eigene Ressort fällt, schnell politische Stellung zu nehmen. Das gibt oft ein flaes Gefühl im Magen, aber es ist auch wie eine Presse, in der man alles an Kräften mobilisiert, was man hat.

Da wir aus einem großen Fundus an Basiswissen schöpfen können, übersteigen die parlamentarischen Initiativen, großen Anfragen und Anträge der "Grünen" prozentual die jeder anderen Partei. Kann man dieses draußen, "in diesem unserem Lande", überhaupt mitkriegen? Skepsis ist wohl angebracht. Trotzdem habe ich das Bestreben, die politische Kultur des Parlamentarismus so weit es geht auszuschöpfen.

Dazu gehört z. B. der Versuch, Ministerien vom Parlament wirklich kontrollieren zu lassen, und das Bewußtsein, daß kein Bürokrat, kein hoher Ministerialbeamter für Abgeordnete nicht zu sprechen sein darf. Einige Ministerien sollen schon über Personalverstärkung gegrübelt haben wegen unserer vielen Anfragen.

## 3. SPD und "Grüne" - das heikle Thema

Spannung herrscht auf beiden Seiten. Allmählich lernt man sich kennen, hier im Ausschuß, da im gemeinsamen Vergnügen über die wenigen lustigen Szenen in den langen Debatte-Tagen. Politisch bleibt das Verhältnis schwierig. Gerade die SPD-Leute, die uns politisch näherstehen müßten, sehen die Frage ihres politischen Überlebens darin, das "grüne" Wählerpotential wieder heimzuholen. Man kann schlecht auf Dauer politische Freundschaft schließen, wenn man um Wählerpotentiale rivalisiert. Für die SPD ist es eine Überlebensfrage, die Jugendlichen, die Intellektuellen, die Anders- und die Selbständig-Denkenden wiederzugewinnen, die dieses Mal "Grün" gewählt haben. Manche sagen das ganz offen: Euch "Grünen" nutzen die Rechten in unserer Partei, wir, die Linken, müssen euch am meisten bekämpfen. Schwierig.

Für mich und meinen Bereich, die Agrarpolitik, stellen sich ganz andere Relationen: Die Bauern waren nie in der Versuchung, SPD zu wählen. Ebenso wie die Arbeiter traditionellerweise nicht CDU gewählt haben. Gegenüber dieser klassischen Trennung von Erzeugern (sprich: Bauern) und Verbrauchern (sprich: Arbeitern) bieten die ökologischen Fragen ganz andere Möglichkeiten. Auf meinen Versammlungen in den Dörfern sind sie immer halbe/halbe vertreten: Bauern und Verbraucher. Eine echte Möglichkeit einer ganz neuen Konstellation. Indem wir für die ländlichen Regionen, für kleine, existenzbedrohte Haupt- und Nebenerwerbslandwirte eine alternative Politik entwickeln, könnten sich auf Dauer ganz andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Bündnisse ergeben. Möglicherweise läge da eine andere Art von Mehrheit, die durch andere Fragestellungen eröffnet würde.

Warten wir's ab!

## BUCHBESPRECHUNGEN

Walter Dirks: Der singende Stotterer. Autobiographische Texte. Mit einem Vorwort von Fritz Boll. Kösel-Verlag, München 1983. 204 Seiten, gebunden (zitierweise: WD I)

Walter Dirks: War ich ein linker Spinner? Republikanische Texte - von Weimar bis Bonn. Mit einem Vorwort von Fritz Boll. Kösel-Verlag, München 1983. 208 Seiten, gebunden (zitierweise: WD II)

Eine zentrale biografische Belastung - ein Sprachfehler, der im Singen überwunden wurde, - wird zum Leitmotiv der Sammlung biografischer Texte (WD I) und weist auf eine Persönlichkeit mit auflösbaren Gegensätzen hin. Eigentlich müßte man WD (so Dirks' offizielles Kürzel in den "Frankfurter Heften") grafisch darstellen: mit zwei Hälften, und jeder Hälfte ganz viele Segmente zugeordnet, die sich teilweise wieder in den beiden Großhälften überschneiden. Die beiden Großhälften bedeuten die zwei "Fronten": "Katholizismus" und "säkulare Gesellschaft". Die Segmente zeigen, daß sie komplementär aufeinander angewiesen sind: Da werden Religion humanistisch und Sozialismus gläubig rezipiert; da sind Tradition mit Namen wie Romano Guardini und Fortschritt mit Namen wie Ernst Michel gleichzeitig beheimatet, zwei Persönlichkeiten, mit denen Dirks nicht nur geistig, sondern auch persönlich verbunden war, die ihn übrigens beide gleichzeitig an die junge - heute würden wir sagen "linkskatholische" - "Rhein-Mainische Volkszeitung" weiterempfohlen haben.

Das Frankfurt am Main der zwanziger Jahre - wo der Katholizismus liberal, der Protestantismus wenig reaktionär, das Judentum stark und integriert, der Kapitalismus gemäßigt und die Arbeiterbewegung lebendig waren (WD I, 45), entsprach so richtig den universellen Bedürfnissen des gebürtigen Dortmünd-Hörder, bewegten Quickborner und abgebrochenen Theologiestudenten. Hier traf Dirks auf den Religiösen Sozialismus in seiner christlichen und jüdischen Ausprägung. Ernst Michel, Paul Tillich, Hendrik de Man, Eugen Rosenstock und Martin Buber begegnen ihm hier als Wissenschaftler und Freunde. Im und im Umkreis des soziologischen Instituts der Frankfurter Universität trifft sich WD mit Theodor Wiesengrund-Adorno, Walter Benjamin und Herbert Marcuse, liest und diskutiert er mit ihnen die gerade wiederentdeckten und bei Kröner frischgedruckten Marx'schen Frühschriften und Georg Lukacs' "Geschichte und Klassenbewußtsein". Dirks wurde "Marxist mit existentiellen Einschlügen, Marx und Kierkegaard gleich nahe" (WD I, 20). Erstaunlich noch heute, mit welcher geistigen Eigenständigkeit und wissenschaftssprachlicher

Prägnanz WD die an der "Frankfurter Schule" orientierten soziologischen Kategorien auf den Faschismus im allgemeinen und den Nationalsozialismus im besonderen anwandte (Mai/Juni 1931 in der Rh./Main. Volksztg., WD II, 20 ff.); bewundernswert seine Solidarisierung (1932) mit den theologischen Inhalten der Friedenspredigt des vom Rechtsprotestantismus befehdeten Pfarrers Günther Dehn (WD II, 38 ff.). Erfreulich, daß mit Dirks und seiner Gruppe "marxistisch" und "pazifistisch" im deutschen Katholizismus gedacht und geredet werden konnte - leider aber nicht mit der Konsequenz, daß die Katholiken in ihrer Mehrheit überzeugend die Werte der Ersten Republik verteidigt hätten. Ein Versagen, von dem sich Dirks selbst nicht freimachen möchte (WD II, 62).

Seine innere Emigration zwischen 1933 und 1943 bei der "Frankfurter Zeitung" bezeichnet er als "ein Stück Wahrheit und ein Stück Schwindel" (WD I, 24). Früh beginnt Dirks' kritische Begleitung der Zweiten Republik als Publizist der "Frankfurter Hefte" und als politisch Agierender: mit seiner unkonventionellen Bemühung um die Gründung einer "Sozialistischen Einheitspartei", die am "restaurationen" Denken von Kommunisten und Sozialdemokraten scheiterte! Aber auch die Hoffnungen in eine antikapitalistische CDU, die Dirks mitbegründete, wurden bald begraben. Schon 1950 schätzt Dirks die Adenauer-Ära als "Restauration" ein (WD II, 75 ff.). Mit dieser originären Wortschöpfung hat Dirks Berühmtheit erworben - eine traurige, darf man sagen, weil sie durch die Wirklichkeit bestätigt wurde.

Einen europäischen Sozialismus wünscht sich Dirks für die Nachkriegsepoche. Option und Definition bleiben eng miteinander verbunden. Dirks' Sozialismus-Aufsatz aus dem Jahre 1946 (WD II, 120 ff.) ist klassisch geworden und verdient wegen der streng historischen und politikwissenschaftlichen Herleitung des Sozialismus-Begriffs in Lexika aufgenommen zu werden.

Der heute 83jährige Walter Dirks steht noch immer hinter seinen Wünschen nach Humanität und Sozialismus (s. auch das Gespräch mit ihm in dieser Ausgabe). Ein "letztes Wort", nicht im zeitlichen, sondern testamentarischen Sinne, hinterläßt er uns, den Frommen unter den Linken, in den beiden Kösel-Bänden. "Ich bleibe beim Ja zu Gott, der Welt, der Humanität, dem Sozialismus" (WD I, 202). In Distanz steht Dirks der Tradition des Religiösen Sozialismus nahe. Auch für den "späten" Dirks gehört Sozialismus als weltlich Ding in den Bereich des "Wohls" - nicht zu den Heilsdingen. Aber auch die Dimension des menschlichen Wohls, auf die sich der Sozialismus bezieht, hat mit dem Christentum viel zu tun, weil der Christ das konkrete Wohl der anderen ver-

wirklichen soll. Insofern wird auch ein Engagement für den Sozialismus "heilsrelevant" und kann "etwas mit der Verheißung zu tun haben". "Der Religiöse Sozialismus hat ein Gefühl für solche Zusammenhänge gehabt, hat sie jedoch nicht immer ganz genau bestimmt" (WD I, 155). Hier finden sich Anregungen für die Selbstverständnis-Diskussion heutiger Religiöser Sozialisten.

Singender Stotterer - linker Spinner? Der erste Titel steht ohne, der zweite Titel mit Fragezeichen. Den Stotterer hat Dirks selber überwunden, autobiografisch. Die Antwort auf die Frage nach dem linken Spinner muß von außen kommen, von den Linken selbst, indem sie durch ihr Hoffen und durch ihre Praxis die Richtigkeit einer demokratischen und sozialistischen Alternative zur heutigen Gegenwart belegen.

Klaus Kreppel

*Christian Weyer*: HiobsBotschaft, Radius-Verlag, Stuttgart 1983, 24 Seiten

Die "HiobsBotschaft", die sich formal locker an das Buch Hiob der hebräischen Bibel anlehnt, ist alles andere als eine Hiobsbotschaft.

Hiob, ein Bonner Mitglied der Friedensbewegung, verzweifelt an seiner nervenaufreibenden Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden, die, wie ihm scheint, keine Früchte bringt. Deshalb schreit er Gott die anklagende Frage entgegen, warum er die Ungerechten, die die Zerstörung der Schöpfung vorbereiten, gewähren lasse, während er die Streiter für Gerechtigkeit nicht unterstütze. Die Ermahnungen dreier Freunde Hiobs, Elifas aus Königswinter, Bildad aus Bad Honnef und Zofar aus Siegburg (aus drei Orten nahe Bonn) stehen für drei traditionelle theologisch-gesellschaftliche Entwürfe, die versuchen, die Erfahrungen Hiobs zu bewältigen. Elifas wirft Hiob vor, er mache mit seinem Handeln Gott die Macht streitig. Deshalb könne er, Hiob, keinen Erfolg haben: "Statt Gott die Wende zum Guten zuzutrauen, treibst du dich mit Gottlosen und selbstberufenen Weltverbesserern auf Demonstrationen und Kundgebungen herum." (9) Bildad steht für die Apokalyptiker aller Epochen, die geduldig Unheil als gottgewollt ertragen: "... auch das Chaos dieser Zeiten ist ein Stück des Heilsplanes Gottes..." (13). Zofar nun hält Hiob seine Undankbarkeit Gott und den Herrschenden gegenüber vor, die doch als Werkzeuge Gottes die Welt verwalten: "Wenn du ... die Regierung verklagst, bist du völlig verblendet, denn alles, was sie tut, geschieht nach Gottes weiser Führung" (16).

Empört weist Hiob die Auffassungen seiner Freunde als lä-

sterlich und zynisch zurück. Verzweifelt wendet er sich erneut an Gott: "... erkannt habe ich dich als einen Gott, der Gerechtigkeit und Frieden will. Mein Leben hab ich dir gewidmet, um für deine Sache zu kämpfen. Auf dich habe ich mich geworfen, und dich versuche ich zu verteidigen. ... Wer ist in deinem Recht...?" (6 f.). Und in dieser seiner Verzweiflung erfährt Hiob Antwort von dem Gott, der selbst an der menschlichen Unheilsgeschichte leidet. Er bittet Hiob, in seinem Handeln unbeirrt zu bleiben. "... denn ich habe keine Hände außer denen, die ich euch gab" (20).

Die "HiobsBotschaft" ist alles andere als eine Hiobsbotschaft. Christian Weyer, Theologiestudent in Bonn, schreibt Erfahrungstheologie nieder und legt damit ein Bekenntnis ab: "... ich verspreche dir als meinem Gott, daß ich ... alles mir Mögliche tun werde, um dein Arm und deine Hand zu sein" (24).

Martina Ludwig

## LESERBRIEF

Liebe Redaktion! Zugegeben: Zwei Leserbriefe pro Jahr, das ist zu wenig. Hier deshalb ein dritter. Heft 1/84 von CuS hat mich dazu gleich zweimal herausgefordert.

### 1. Zum Redaktionsartikel "An unsere Leser"

Zunächst: Die Beibehaltung dieser Rubrik "An unsere Leser" würde ich begrüßen. Das Heft hat dadurch gleich persönlicheren Charakter; es regt zum Gespräch, zur Diskussion an.

Zum Inhalt: Besonders bestärken möchte ich Euch in dem Vorhaben, den Schwerpunkt vom Historischen hin zu Gegenwart und Zukunft zu verschieben. So notwendig die geschichtliche Besinnung ist, sie war auch meiner Meinung nach bisher überrepräsentiert. Auch daß Ihr den Bereich "Dritte Welt" mehr berücksichtigen wollt, finde ich gut.

Inhaltlich würde ich mir außerdem eine intensivere Auseinandersetzung zum Verhältnis zwischen Religion und Politik wünschen, genauer gesagt zwischen Inhalten der systematischen Theologie bzw. Religionsphilosophie und Inhalten der politischen Wissenschaften/politischen Philosophie. Ich habe den Eindruck, daß in dieser Beziehung noch vieles zu klären wäre. Der oft mehr moralisch-emotionale Impuls für unsere politische Position reicht für eine theoretisch-systematische Begründung unseres grenzgängerischen Religiösen Sozialismus nicht aus. Ich meine sogar, daß die Klärung der Beziehung zwischen Religion und Sozialismus überhaupt einen unserer Schwerpunkte bilden sollte. Denn gerade die theologische Begründung sozialistischer Politik ist es ja, was unseren Sozialismusbegriff über den herkömmlichen (meist atheistischen) hinausheben könnte. Ein für mich sehr überzeugendes Beispiel für eine solche Klärung sind dafür die Arbeiten über den Religiösen Sozialismus von Paul Tillich.

Auch eine Auseinandersetzung mit den theologischen Aspekten bei den Ver-

treten der Frankfurter Schule oder bei Ernst Bloch z. B. könnte uns für die Begründung unserer Position viel helfen.

Ein weiterer, bisher wenig berücksichtigter Themenkreis wäre nach meiner Ansicht noch das, was ich mit Adorno "das beschädigte Leben" nennen möchte. Ich meine damit die Auswirkungen unserer politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf unsere Seelen, auf unsere existentielle Befindlichkeit. Stichworte hierfür wären: Leistungsideo- logie, Streß, Neurosen, Depressionen, Drogen- und Alkoholabhängigkeit, Anfälligkeit für Jugendsekten, Psychokult, Jugendkriminalität, Verding- lichung unserer sozialen Beziehungen usw.. Ich meine, gerade wegen un- seres religiösen Anspruchs sollten wir uns in diesem Bereich besonders gefordert fühlen.

## 2. Zur Diskussion über den Sozialismusbegriff (Udo Fleige contra Redaktion)

Zunächst verstehe ich natürlich, daß Udo Fleige sich nicht freut, wenn ein Beitrag von ihm ohne Rücksprache verändert wird. Was die Form be- trifft, so stehe ich also auf seiner Seite. Anders verhält es sich aber in Hinsicht auf den Inhalt: Ich finde ebenso wie die Redaktion, daß politische Begriffe nicht beliebig verändert werden dürfen. Schon gleich nicht, wenn es um so zentrale Begriffe wie den des Sozialismus geht.

Der Beitrag von Udo Fleige im Heft 1/84 vermittelt den Eindruck, als wäre es für seine Vorstellungen fast gleichgültig, welche Wirtschafts- ordnung in dem von uns angestrebten Sozialismus herrscht. So wie ich ihn in dem Artikel verstehe, vertritt er den klassischen Idealismus: entscheidend ist der Geist, die materiellen Lebensumstände und gesell- schaftlichen Strukturen sind nur Nebensache ("eine Art Ausstrahlung"). Udo Fleige muß sich deshalb fragen lassen, ob das, was er meint, nicht mit dem Begriff "humanistisch" treffender beschrieben wäre als mit dem Begriff "sozialistisch".

Damit aber ist eine grundsätzliche Frage für uns Religiöse Sozialisten angeschnitten: Bekennen wir uns zum idealistisch-humanistischen Stand- punkt nach Art der Frühsozialisten, oder bekennen wir uns zum dialek- tischen Materialismus im Sinne von Karl Marx? Oder: Gibt es eine be- gründbare Position zwischen oder über beiden? Wenn ja (ich bin davon überzeugt): Wie sieht sie aus, worin unterscheidet sie sich von den bei- den klassischen Positionen? Auch unsere Leitsätze bringen in dieser Hinsicht leider nicht die nötige Klarheit.

Das Problem, das hier aufgerissen wurde, ist auch ein gutes Beispiel für das, was ich oben mit der systematisch-theoretischen Klärung un- serer Politik meinte.

Karlheinz Gernbacher  
Schwabach

## **Autoren dieses Heftes**

Walter Dirks, Prof. Dr. theol. (kath.) h. c., Publizist, Hasenbuckweg 7, 7801 Wittnau.  
Karlheinz Gernbacher, Dr. Zinn-Straße 3, 8540 Schwabach.

Georg Humbert, Dipl. Theol. (kath.) und Dipl. Psych., Hauptstraße 8,  
2993 Breddenberg.

Initiative Kirche von unten, Oscar-A.-Romero-Haus, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1  
Peter Janssens, Am Jägerhaus 8, 4404 Telgte.

Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., Prof. für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftspolitik),  
Dünenweg 13, 4800 Bielefeld 14.

Klaus Kreppel, Dr. phil., Fachleiter für kath. Religion am Lehrerausbildungs-  
seminar, Beuthener Straße 4, 4800 Bielefeld 17.

Martina Ludwig, ev. Theologin, Villemombler Straße 42, 5300 Bonn 1.

Antje Vollmer, Dr. theol. (ev.), Mitglied des Deutschen Bundestages,  
Auf dem Kley 46, 4800 Bielefeld 1.

